



**In memoriam**

**Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber**

23. August 1933 - 16. Juni 1992

# MITTEILUNGEN

Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben von  
Fritz Gebauer und Manfred Neuhaus

## Heft 10

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V. 1993

Rosa-Luxemburg-Straße 19-21

O-7010 Leipzig

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Redaktion: Fritz Gebauer und Manfred Neuhaus

Texterfassung: Ursula Albert und Elke Baumgart

Korrektur: Ursula Albert

Satz: Lutz Höll und Manfred Neuhaus

Herstellung: GNN Gesellschaft für

Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung m.b.H.

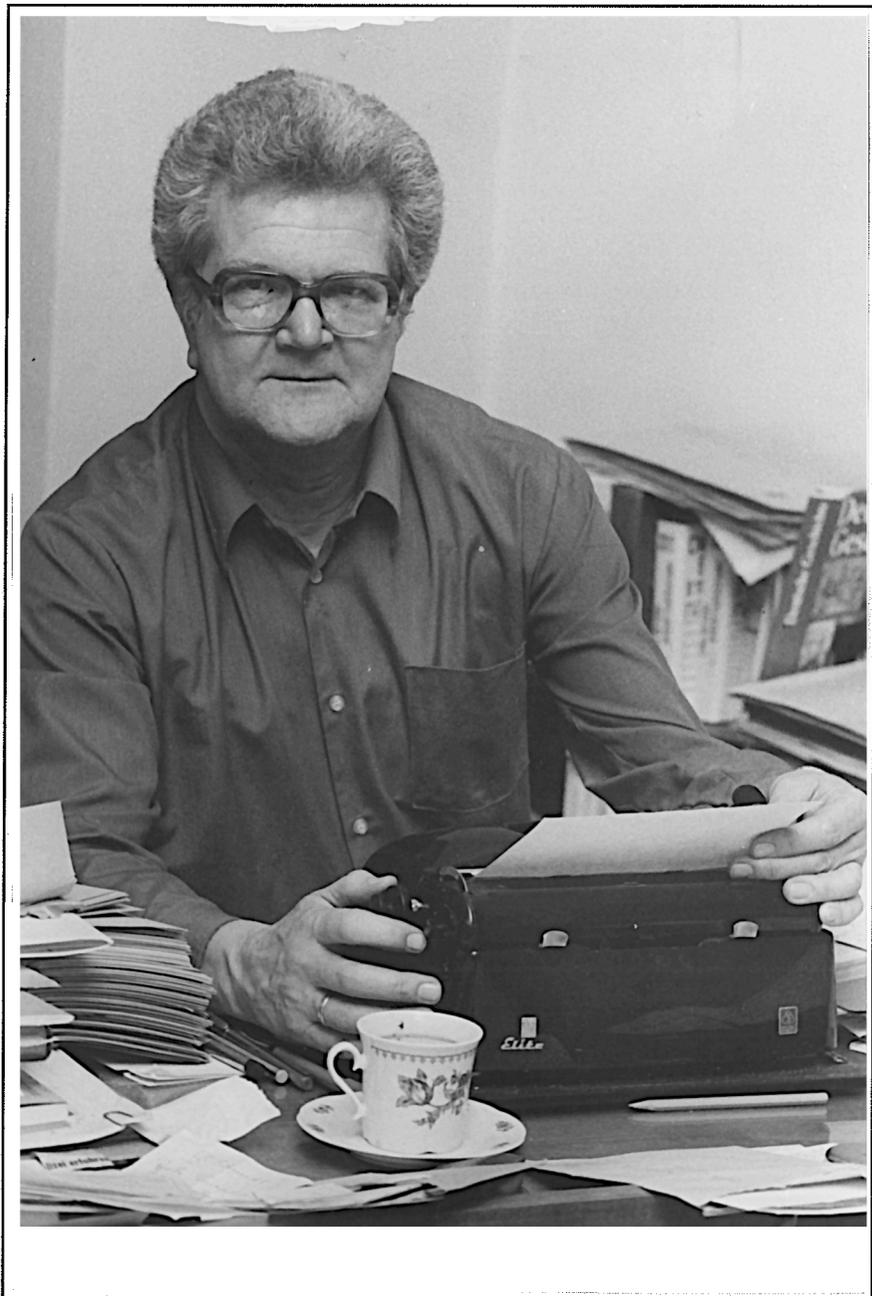
Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs »Zur russischen Revolution« (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitza besorgten Edition »Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und andere Quellen zur Polemik mit Lenin«, Dietz Verlag Berlin 1990 (S. 152) entnommen. – Die Photographien nach den Seiten 4, 16 und 50 (G. S. mit Brigitte Seebacher-Brandt und Walter Schmidt, Berlin 1990) stellte dankenswerterweise Frau Prof. Dr. Eva Seeber zur Verfügung.

## Inhalt

Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992 .....	5
Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992 .....	7
Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992 .....	11
In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992) .....	13
Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben .....	15
Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten .....	17
Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber .....	41
Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. ....	57







***Kondolenzschreiben  
des Rosa-Luxemburg-Vereins***

Sehr verehrte Frau Prof. Dr. Seeber,

im Namen der Mitglieder des Rosa-Luxemburg-Vereins erlauben wir uns, Ihnen und Ihren Kindern unser tiefempfundenes Beileid zum Tode Ihres Gatten auszusprechen.

Die Nachricht vom plötzlichen Tode unseres verehrten Vorsitzenden, Prof. Dr. Gustav Seeber, hat uns erschüttert und aufs tiefste betroffen. Als Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs war er maßgeblich daran beteiligt, den Verein ins Leben zu rufen und sein Profil mitzubestimmen. Die bisherige Tätigkeit ist ohne seine Initiative, sein Organisationstalent, seine souveräne Führung nicht denkbar. Seine menschliche Wärme hat uns die Zusammenarbeit mit ihm stets zur Freude gemacht. Wenn wir nach dem ersten Jahr eine Erfolgsbilanz ziehen konnten, so ist das ganz unbestritten weitgehend sein Verdienst.

Sein Tod hat eine nur sehr schwer zu schließende Lücke gerissen. Wir werden ihn sehr vermissen.

Leipzig, den 17. Juni 1992

*Der Vorstand des Rosa-Luxemburg-Vereins*



---

*Trauerrede  
von Prof. Dr. Wolfgang Küttler  
auf dem Leipziger Südfriedhof  
25. Juni 1992*

Liebe Eva, liebe Josefine, lieber Christian und Sebastian,  
liebe Mutter Seeber und liebe Heidi Schröter,  
liebe Trauergäste,

es gilt heute Abschied zu nehmen von Gustav Seeber als Ehemann, Vater, Großvater, Sohn und Bruder, als Freund und Kollegen, als einem unserer besten Historiker. Am 16. Juni hat ihn ganz plötzlich, für alle noch nicht recht zu begreifen, der Tod aus unserer Mitte gerissen. Ein intensives, aktives Leben ist viel zu früh abgebrochen, und es ist da nur ein schwacher Trost, zu wissen, daß er ruhig einschlief und ein gnädiges Geschick ihm ein langes Leiden ersparte. Die Lücke, die er hinterläßt, ist sehr groß für seine Familie, für alte und neue Mitstreiter, für alle, die mit ihm verbunden waren. Er hat seinen Nächsten und einer großen Zahl anderer Menschen außerordentlich viel bedeutet; sein Wesen, sein Lebens- und Schaffensweg wie auch seine wissenschaftlichen Arbeiten vermitteln eine Fülle von Wichtigem, dessen heute zu gedenken ist.

Gustav Seeber wurde am 23. August 1933 in Nordhausen als Sohn des Prokuristen Gustav Seeber und seiner Frau Emma, geb. Kämpfner, geboren. Er wurde in der Kindheit und für das ganze spätere Leben besonders von der Persönlichkeit seiner Mutter, von der Gemeinschaft einer großen, mit dem bäuerlichen Leben verbundenen Familie und durch die ländliche Umgebung im Südharz geprägt, wo der Vater in einer Fabrik beschäftigt war und der Großvater einen Hof besaß. Wer Gustav erst später in großen Städten und wissenschaftlichen Instituten kennenlernte, spürte immer wieder diese Wurzeln in seiner so ganz

ursprünglich demokratischen Haltung und seiner Geselligkeit: So recht wohl fühlte er sich immer dort, wo sich große Freundesrunden fröhlich zusammenfanden und er mitten drin sein konnte.

Nach der Oberschulzeit in Nordhausen studierte er 1952-1956 Geschichte und Pädagogik in Jena. Diese Zeit war wiederum prägend. In der politisch gespannten und zugleich überaus fruchtbaren Atmosphäre dieser Jahre fand er im Studium bei erprobten Lehrern wie Karl Griewank, Friedrich Schneider, Hugo Preller und Max Steinmetz wie auch unter Anleitung von nur wenig Älteren wie Wolfgang Schumann, Rudi Ludloff, Siegfried Schmidt und Werner Mägdefrauden Weg zum Historikerberuf. Hier fand er neue Freunde und Bekannte und lernte auch Eva kennen, die er 1957 heiratete und in der er in einer selten glücklichen Verbindung zugleich die Ehefrau und die kritisch begleitende Partnerin im Beruf und gesellschaftlichen Leben fand. Nach zwei Jenaer Assistentenjahren und früher verantwortlicher Tätigkeit als Kapitelautor der Universitätsgeschichte ging er nach Leipzig als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die dortige Abteilung des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Hier in Leipzig fand er seinen bleibenden Wirkungskreis. Für ihn und Eva war es nicht leicht, drei Kinder großzuziehen und zugleich in dem alle Kräfte beanspruchenden Wissenschaftlerberuf zu bestehen. Aber gerade diese zweifache Bewährung brachte für beide Erfüllung und tiefen Rückhalt in einem glücklichen Familienleben. Hainstraße 11 wurde später für Verwandte und Freunde eine erste Adresse der Gastlichkeit und wichtiger Gespräche.

Der Kreis junger gleichgesinnter Forscher um Ernst Engelberg, der sich der Erforschung der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert verschrieben hatte, wurde die engere – und das Akademie-Institut, das spätere Zentralinstitut für Geschichte, die weitere Heimstätte für sein Wirken als Wissenschaftler und Leiter. Er promovierte 1963 mit einer Arbeit über den deutschen Linksliberalismus. Sie erschien 1965 unter dem sein ganzes späteres Schaffen bereits umreißen den Titel »Zwischen Bebel und Bismarck« auch als Buch. Im Jahre 1966 folgte eine Monographie über die sozialdemokratische Parlamentstaktik 1867-1893 und 1977 das von ihm herausgegebene und in großen Teilen auch verfaßte Werk »Bismarcks Sturz« über die Endphase der Bismarck-Ära 1884-1890. Er wurde 1969 zum Abteilungsleiter, 1972 nach der Habilitation zum Professor und Leiter des Wissenschaftsbereichs Deutsche Geschichte 1789-1917 berufen, dem er bis zur Auflösung des Instituts 1991 vorstand. Die genannten Arbeiten kennzeichnen

nur die Eckpunkte seines weit gefächerten wissenschaftlichen Wirkens auf den Gebieten der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Geschichte des Parlamentarismus und der bürgerlichen Parteien und schließlich insgesamt der sozialen, politischen und geistigen Entwicklungen im deutschen Kaiserreich vor 1900. Dazu verfaßte er eine große Zahl von Studien und Aufsätzen, wirkte als Herausgeber von Editionen und Sammelwerken, war an vielen Gesamtdarstellungen und Nachschlagewerken beteiligt und trat erfolgreich auf nationalen und internationalen Fachtagungen auf. Seit 1981 war er leitender Herausgeber der Reihe »Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft«, in der Forschungsergebnisse auf verschiedenen Gebieten vorgestellt wurden.

Mit diesem breiten Spektrum wissenschaftlicher Arbeiten profilierte er sich zu einem über die Grenzen der DDR hinaus anerkannten Vertreter seines Fachs. Er war mit Leib und Seele marxistischer Historiker, erfüllt von dem Streben, mit den Mitteln der Wissenschaft, als Forscher und Leiter, etwas zu bewegen und zu verändern. Wie die meisten dieser Generation des Aufbruchs und der Umwälzung hatte er das Handwerk des Historikers unter keineswegs leichten Bedingungen erlernt, verstand es aber, seine Wissenschaft – kritisch zu sich und zu anderen – vorbildlich zu meistern, stets mit einem praktischen Blick auf ihre gesellschaftliche Verpflichtung. Denn ihn durchdrang die unerschütterliche Überzeugung von der einmal gewählten Sache, und er war wenigstens im engeren Umfeld auch dann noch unermüdlich auf tätige Veränderung und Verbesserung bedacht, als die Krisensymptome der mit so großen Hoffnungen mitgestalteten DDR-Gesellschaft immer deutlicher wurden. Mit diesen Eigenschaften verkörperte er den Typ eines Geschichtswissenschaftlers, wie er zweifellos nicht in heute oft suggerierte Klischeevorstellungen von der Historiographie in der DDR paßt. An dem Umbruch von 1989, an den er wie viele von uns Hoffnungen knüpfte, die sich nicht erfüllten, trug er deshalb auch schwer, schwerer als es selbst enge Freunde und Kollegen bemerkten, an der ohnmächtigen Trauer über das Wegreißen und Wegbrechen der vertrauten Institutionen seines bisherigen Wirkens. Aber wie es seine Art war, engagierte er sich mit aller Kraft für die Versuche, das Institut neu zu gestalten und dann die Folgen seiner Auflösung zu mildern, war einer der Herausgeber des Bandes »Krise – Umbruch – Neubeginn«, der die kritisch-betroffene und zornige Debatte über die DDR-Historiographie teilweise dokumentiert und dessen kompliziertes Entstehen für Hoffnungen und Enttäuschungen

auf diesem Wege kennzeichnend ist. Besonders aber setzte er sich für die Neuprofilierung seines Bereichs und das neue Forschungs- und Editionsprojekt »Preußische Ministerratsprotokolle 1817-1934« ein, in das er auch unter Zurückstellung anderer aussichtsreicher Forschungen seine ganze Kraft investierte. Das Vorhaben fand auch Beachtung und wurde positiv evaluiert, geriet aber zugleich in die Mühlen sowohl der Abwicklung als auch der Konkurrenz, so daß trotz eindeutiger Förderbeschlüsse monatelang quälende Ungewißheit über die eigene berufliche Perspektive auf ihm lastete. Es ist sehr bitter, daß zunächst bloß informelle Auskünfte über positive Gutachten zu seiner Bewerbung erst einen Tag nach seinem Tode bekannt wurden.

Die letzten Jahre bestanden für ihn aber keineswegs nur aus Enttäuschungen. Wissenschaftlich war er weiter aktiv, gestaltete in Leipzig einen neuen gesellschaftlichen Wirkungskreis und beteiligte sich erfolgreich an Konferenzen und Tagungen. Inneren Halt und Genugtuung konnte er seit langem schon in der erfolgreichen persönlichen und beruflichen Entwicklung seiner Kinder finden. Für ihre Probleme und Sorgen war der Vater stets auch ein kritisch anspruchsvoller und kameradschaftlicher Partner, und er freute sich aus tiefstem Herzen an jeder bestandenen Prüfung und jedem Erfolg. Und ganz besondere Freude hatte er in der letzten Zeit an seiner Enkelin, der kleinen Lea.

Insgesamt charakteristisch für sein Leben ist, daß er privat und beruflich stets für andere da war. Durch die Verbindung von hohem fachlichen Können mit tiefem menschlichen Einfühlungsvermögen und vor allem durch seine unverwechselbare charakterliche Urwüchsigkeit, die ihn so liebenswert, aber auch gewissermaßen konstruktiv unbequem machte, war er ein vortrefflicher Leiter und Betreuer von Wissenschaftlern, älteren wie jüngeren. Abstrakter Gelehrter konnte er ebensowenig sein wie Nur-Fachmensch. Seine offene, aufrechte Art strahlte auf Freunde und Kollegen aus. Wie viele andere kann ich selbst aus dem Erleben einer nun fast vier Jahrzehnte währenden Bekanntschaft und schließlich engen Freundschaft heraus nur dankbar dafür sein – und nicht allein ich – so viel Kraft und Zuversicht empfangen zu haben, in der fachlichen Zusammenarbeit, in kritischer Auseinandersetzung über anstehende Probleme und bei fröhlichen Feiern. Gerade deshalb ist nun der Verlust in seiner abrupten Endgültigkeit so schwer zu begreifen. Das schmerzliche Verstehen der Lücke, die sein Tod gerissen hat, wird aber zugleich für seine Angehörigen und die Freunde und Kollegen den Weg öffnen, sich seiner im eigenen tätigen Leben so zu erinnern,

---

wie er, aktiv und optimistisch, mit und unter uns war und wie wir ihn alle unmittelbar in Erinnerung haben, ohne daß Krankheit und Gebrechen dazwischengekommen wären. Im Sinne aktiven und lebenszugewandten Sich-Erinnerns werden wir seiner am besten gedenken und ihn nicht vergessen.

*Trauerrede*  
*von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici*  
*auf dem Leipziger Südfriedhof*  
*25. Juni 1992*

Liebe Eva,  
liebe Frau Emma Seeber,  
lieber Christian, lieber Sebastian, liebe Josephine,

gemeinsam mit Euch, den nächsten Verwandten und am stärksten Betroffenen, stehen wir, Gustavs Freunde, Kollegen und Genossen, heute hier an seinem Grab, um in tiefer Trauer Abschied von ihm zu nehmen.

Es hat uns alle völlig unvorbereitet getroffen und mit großem Schmerz erfüllt, als wir die Nachricht erhielten, daß uns Gustav Seeber für immer verlassen hat. Und wir sind auch jetzt noch fassungslos, weil wir immer noch nicht richtig begreifen können, daß Gustav von nun an nicht mehr unter uns sein wird.

Das Begreifen und das endgültige Abschiednehmen fällt uns deshalb so schwer, weil wir mit Gustav einen Kollegen verlieren, der sich stets um seine Mitarbeiter gesorgt hat; einen Freund, der immer für seine Freunde da war und einen Genossen, der sich bis zuletzt für seine marxistischen Überzeugungen eingesetzt hat.

Sein Kopf war noch voller Pläne, sein Kalender voller Termine, als – von einer Minute zur anderen – sein Herz aufhörte zu schlagen. Das Schicksal hat es nicht gewollt, daß sich Gustavs Leben vollendet. Es hat ihn urplötzlich aus unserer Mitte gerissen; so plötzlich, daß wir es noch kaum verstehen können.

Gustav Seeber war ein international anerkannter, integrier marxistischer Historiker, der auf seinem Fachgebiet, der deutschen Geschichte, Leistungen vollbracht hat, die – trotz allen Wandels – Bestand haben werden. Er gehörte in der DDR zu jenen Intellektuellen, die zwischen den groben Fehlern und Versäumnissen der alten Parteiführung und den Realitäten des Lebens einen Weg suchten, der diesen Staat reformieren und die schlimmen Verzerrungen des Sozialismus überwinden sollte. Das ist aus vielerlei Gründen nicht gelungen.

Nach der Wende wurde er – wie viele von uns – vor die Wahl gestellt, sich von allem zurückzuziehen, sich anzupassen oder aber weiterhin für seine ursprünglichen Überzeugungen einzustehen. Gustav entschied sich ohne Zögern für das letztere. Gemeinsam mit Walter Markov, Helmut Seidel und anderen Freunden ergriff er die Initiative zur Gründung des Leipziger Rosa-Luxemburg-Vereins. Und als die Frage auftauchte, wer als Vorsitzender kandidieren sollte, stellte er sich sofort zur Verfügung.

Was wollte Gustav Seeber mit dieser Vereinsgründung erreichen? Angesichts des Endes der DDR und der anderen sozialistischen Staaten Osteuropas und der damit verbundenen Krise der sozialistischen Idee und des sozialistischen Denkens wollte er eine Möglichkeit schaffen, Fragen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft systematisch zu diskutieren. Dabei ging es ihm keineswegs um die Schaffung eines Nostalgie-Vereins. Er wollte eine Diskussion mitgestalten helfen, die eine sachliche, unnachsichtige selbstkritische Auseinandersetzung mit der sozialistischen Bewegung führt.

Ihn trieben in den vergangenen zwei Jahren dieselben Gedanken und Überlegungen um wie uns. Wie konnte es geschehen? Wie konnte das uns geschehen? Wie konnte das mir geschehen? Und er hat sich und uns die Antwort nicht leicht machen wollen. Wir alle haben ihn erlebt, von der Gründungsveranstaltung im März 1991 bis in die letzten Wochen.

Dabei war Gustav Seeber kein finsterner Grübler, kein trockener Stubengelehrter. Ganz im Gegenteil: Freundlich, menschliche Wärme ausstrahlend, anregend, aufmunternd, Mutspendend, obwohl er selbst beruflich ausgegrenzt wurde... und immer voller Ideen. Nun werden wir also ohne Gustav Seeber auskommen müssen. Er wird uns sehr fehlen, und wir wissen noch nicht, wie es ohne ihn weitergehen wird. Aber daß es weitergehen muß ist klar. Gerade in dieser Zeit der Verteufelung alles dessen, was die DDR war, ist es notwendig, im Sinne des Antifaschismus weiterzuarbeiten.

»Verbunden werden auch die Schwachen mächtig«, so heißt es bei Friedrich Schiller, und bei Goethe lesen wir: »Versuche Deine Pflicht zu tun und Du wirst wissen, was an Dir ist. Was aber ist Deine Pflicht? Die Forderung des Tages.« Also stellen wir uns den kommenden Aufgaben. Auch Gustav würde uns sagen: »Trauert um mich, aber beläßt es nicht dabei. Das Leben geht weiter.«

So nehmen wir Abschied von Gustav Seeber: wir, die Familie und die Verwandten, die Freunde, Kollegen und Genossen und alle die anderen, die heute hierhergekommen sind. Wir nehmen Abschied von Dir, lieber Gustav, und es ist uns in dieser für uns alle so schmerzlichen Stunde ein Bedürfnis, Dir Dank zu sagen für alles das, was Du für uns getan hast. Dein Leben und Dein Wirken werden uns immer gegenwärtig sein. Wir werden Dich nicht vergessen. Ich könnte schließen mit den Worten, die Karl Marx seinem Freund Friedrich Wolff ins Grab nachgerufen hat: »ex ossibus ultor«.

*In memoriam*  
**Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling**  
*(Außerordentliche Vollversammlung*  
*des Rosa-Luxemburg-Vereins*  
*10. Oktober 1992)*

Wir trauern um den Vorsitzenden unseres Vereins, Prof. Dr. Gustav Seeber; wir trauern um unser Vereinsmitglied Prof. Dr. Wilfried Adling, einen Wissenschaftler von Profession, dessen Name mit Erkenntnisfortschritten auf dem Gebiete der Literatur und Kultur verbunden bleiben wird.

Prof. Seeber starb am 16. Juni 1992 plötzlich und für uns völlig unerwartet. Der Tod überraschte ihn buchstäblich von einer Minute zur anderen. Sein Kopf war voller Pläne – wie sein Schreibtisch voller Bücher und sein Kalender voller Termine. *Media vita in morte sumus.*

Der Rosa-Luxemburg-Verein erleidet durch den Tod seines Vorsitzenden einen ungemein herben und schmerzlichen Verlust. Die Gründung des Vereins war für ihn keine beliebige Handlung neben anderen, sondern war ein wesentlicher Bestandteil seiner Biographie. Die Idee des Vereins entsprang seinem Bedürfnis nach Selbstbehauptung und Würde, nach Kontinuität und Wandel, seine Gründung dem Bedürfnis nach geistigem Wirken in gesellschaftlicher Verantwortung, dem Bedürfnis, ihn zum Kristallisationspunkt für Gleichgesinnte zu machen.

Prof. Seeber war maßgeblich daran beteiligt, dem Verein Leben einzuhauchen und sein Profil zu bestimmen. Die Arbeit für ihn war ihm immer ein Herzensbedürfnis. Das Wirken des ersten Jahres ist ohne seine Initiativen, ohne seinen Ideenreichtum, ohne sein Organisationstalent, ohne seine souveräne Führung, ohne seine allgemein anerkannte Autorität, ohne seine Integrationskraft, ohne seine vielfältigen Kontakte, ohne seinen belebenden Optimismus nicht denkbar. Seine menschliche Wärme, seine Kameradschaftlichkeit, seine Hilfsbereitschaft, seine Menschenkenntnis, sein Taktgefühl haben uns die Zusammenarbeit mit ihm stets zur Freude gemacht. Wenn wir nach dem ersten Jahr eine Erfolgsbilanz ziehen konnten, so ist das ganz unbestritten sein Verdienst.

Wir können ermessen, was Prof. Seeber dem Verein in der Vergangenheit bedeutete. Das läßt uns ahnen, was sein Fehlen uns in der Zukunft bedeuten wird. Es ist tief beklagenswert, ja, entbehrt nicht des tragischen Aspekts, daß ihn der Tod zu einem Zeitpunkt ereilte, da dem Verein ganz unvermutet neue Möglichkeiten und Aufgaben zugewachsen sind, Möglichkeiten, wie sie dem Verstorbenen stets als Ziel vorschwebten, Aufgaben aber auch, die sich nicht allein aus den neuen Möglichkeiten ergeben, sondern wie sie aus dem Widerschein brennender Asylbewerberheime mahnd hervortreten.

Wir ehren unseren verstorbenen Kollegen und Vorsitzenden Prof. Dr. Gustav Seeber am besten, wenn wir erkennen, daß sein Tod den Rosa-Luxemburg-Verein unversehens zu seinem Vermächtnis gemacht hat. Das ist eine Aufgabe, die uns übertragen ist. Prof. Seebers Tod hat eine nur schwer zu schließende Lücke gerissen. Wir werden ihn sehr vermissen.

Wir werden das Andenken an unsere verstorbenen Vereinsmitglieder Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling in Ehren halten.

---

## *Zwischen Bebel und Bismarck* *Gustav Seeber verstorben*

von Heinz Wolter \*

»Zwischen Bebel und Bismarck«, so der Titel seiner ersten, 1965 im Akademie-Verlag Berlin erschienenen wissenschaftlichen Monographie – besser läßt sich das Arbeitsgebiet nicht umschreiben, dem der Leipziger Historiker Gustav Seeber sein Forscherleben widmete. Da war zunächst die Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893, Gegenstand seiner 1963 bei Ernst Engelberg an der Philosophischen Fakultät der Leipziger Karl-Marx-Universität verteidigten Dissertation und Auftakt für eine Vielzahl von Studien und Aufsätzen in Zeitschriften, Sammelbänden und Handbüchern über die Geschichte des bürgerlichen Parteiwesens. Doch über die bürgerliche Mitte hinaus galt Seebers wissenschaftliches Interesse ebenso sehr den Antipoden Bebel und Bismarck, den Eckpunkten im Spannungsfeld der deutschen Geschichte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Intensive Quellenstudien und ein klarer Blick für theoretisch-methodologische Fragestellungen wiesen ihn als Kenner der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wie als sachkundigen Interpreten des junkerlich-bourgeois Herrschaftssystems Bismarcks aus. Seeber war auf der ganzen Breite des gesellschaftspolitischen Spektrums kompetent. Neben seinen umfangreichen Forschungsarbeiten und den zahlreichen Diskussionsbeiträgen auf nationalen und internationalen Konferenzen profilierte ihn sein Wirken als Herausgeber von Editionen, Sammelbänden und Reihen – darunter insbesondere die von ihm maßgeblich geprägte zehnbändige Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft – als einen anerkannten und geschätzten Vertreter seiner Fachdisziplin.

---

\* »Neues Deutschland« vom 21./21. Juni 1992. S. 13.

1933 in Nordhausen geboren, hatte er von 1952 bis 1956 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Geschichte und Pädagogik studiert, kam 1958 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und wurde 1972 zum Leiter des Wissenschaftsbereichs Deutsche Geschichte 1789-1917 am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR berufen. Im gleichen Jahr war er nach der Promotion als Dr. sc. phil. zum Professor ernannt worden.

Gustav Seeber verstand es ausgezeichnet, Historiker zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Sein konsequenter, konstruktiver und einfühlsamer Leitungsstil war erfolgreich und trug ihm das besondere Vertrauen seiner Mitarbeiter ein. Schließlich war Seeber alles andere als ein Kind von Traurigkeit. Trockene Gelehrsamkeit war ihm fremd. Mit großem Vergnügen war er beteiligt, als 1984 bei AMIGA die Studentenlieder-Platte »Gaudeamus igitur« erschien.

Seit dem Herbst 1989 beteiligte er sich federführend an der Ausarbeitung und Konzipierung des Projekts »Acta Borussica Nova. Die preußischen Ministerratsprotokolle 1817-1934«. Vom Wissenschaftsrat als förderungswürdig bewertet, stieß mancher von außen hinzu, um seine Karriere auf dem Trittbrett zu vollenden, doch Seeber ließ man in der Abwicklung hängen. Am 16. Juni 1992 ist er plötzlich und unerwartet verstorben. Wir werden ihn nicht vergessen.





---

***Die historische Stellung der Reichsgründung  
und das nationale Selbstverständnis  
der Klassen und Schichten***

**von Gustav Seeber \***

Pariser Kommune und Reichsgründung markierten in der Geschichte Europas und insbesondere Deutschlands einen epochalen Einschnitt. Diese Ereignisse stellten den Abschluß der Epoche der bürgerlichen Umwälzung, der Durchsetzung des Kapitalismus dar. Die geschichtliche Stellung der Reichsgründung wird dadurch charakterisiert, daß sie den Abschluß jenes Prozesses darstellte, der auf insgesamt reformerische Weise zur Etablierung des bürgerlich-kapitalistischen Systems in Deutschland führte. Die Dominanz der antidemokratischen, junkerlich-militaristischen Kräfte in diesem Prozeß, die Orientierung der Bourgeoisie auf einen Klassenkompromiß mit dem Großgrundbesitz, in dem sie den junkerlichen Kräften die Führung überließ, ermöglichte eine staatlich-politische Prägung des mit der Reichsgründung entstandenen Nationalstaates, die durch die Herrschaft antidemokratischer Kräfte charakterisiert war und zu einer geschichtlichen Belastung für die Entwicklung der gesamten Nation wurde.

Durch die Herstellung der Einheit Deutschlands erst am Ende der Epoche der bürgerlichen Umwälzung und durch die Kompromißpolitik der Bourgeoisie gewann die Arbeiterklasse für die Auseinandersetzungen um den einheitlichen Staat eine besondere Bedeutung. Es kennzeichnet die historische Stellung der Reichsgründung wie den Charakter des Reiches einerseits und die Rolle der

---

\* Deutsche Geschichte in zwölf Bänden hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Bd. 5: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897. Berlin 1988. S. 45-56.

Arbeiterklasse andererseits, daß in dem Prozeß, der zur Reichsgründung führte, die Arbeiterklasse die einzige Kraft war, die für einen demokratischen Nationalstaat kämpfte und umfassende demokratische Rechte des Volkes als Existenz- und Entwicklungsbedingung für eine gedeihliche Zukunft der Nation erkannte und dafür stritt. Damit erhielt der im Prozeß der Durchsetzung des Kapitalismus entstandene Gegensatz zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse eine spezifische politische Ausprägung. Die Arbeiterklasse übernahm eine besondere Verantwortung für die Geschicke der Nation, und in ihrem Wirken verknüpften sich der Kampf um Demokratie und um die Vorbereitung auf eine sozialistische Revolution und Gesellschaft auf besondere Weise.

Der historische Standort der Reichsgründung wurde nicht zuletzt durch deren Verhältnis zur Pariser Kommune bestimmt. Die Gleichzeitigkeit der Entstehung des bürgerlichen Nationalstaates in Deutschland mit dem ersten Versuch der Errichtung einer völlig neuartigen, proletarischen Staatsmacht kennzeichnet den historischen Abstand des neuen Reiches zu den fortgeschrittensten Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt. Dieser Abstand wurde durch die aktive Teilnahme des preußisch-militaristischen Systems an der Niederschlagung der Kommune noch vertieft.

Pariser Kommune und deutsche Reichsgründung, die beiden historisch bedeutsamen Ereignisse des Jahres 1871, stellten sowohl weltgeschichtlich als auch speziell für Deutschland den Abschluß der Epoche des Sieges und der Festigung des Kapitalismus dar; sie waren zugleich Ausgangspunkt neuer geschichtlicher Entwicklungen. So wurde das Jahr 1871 zu einer Epochenwende.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bewirkte die rasche Entwicklung der Produktivkräfte unter zunehmender Verbindung von Wissenschaft, Technik und Produktion weltweit die volle Entfaltung des Kapitalismus, die »äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz«<sup>1</sup>. Mit der vollständigen Herausbildung des kapitalistischen Systems traten aber auch die ihm innewohnenden Widersprüche hervor. Entsprechend den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie führten die Akkumulation und die Konzentration des Kapitals zur Herausbildung von Monopolen, die am Ende des Jahrhunderts den Übergang zum Imperialismus anzeigten. Lenin charakterisierte deshalb diese Entwicklungsperiode weltgeschichtlich als die Zeit »der vollen Herrschaft und des Niedergangs der Bourgeoisie«<sup>2</sup>.

1 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke. Bd. 22. S. 206.

2 W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Werke. Bd. 21. S. 135.

Der Fortschritt in Produktion, Handel und Verkehr bildete zugleich die objektive Grundlage für die quantitative Ausdehnung der Arbeiterklasse und deren qualitative Veränderung. Mit der durch den kapitalistischen Fortschritt einhergehenden Ausbildung der gesellschaftlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems gewannen die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit neue Dimensionen. Das wiederum beschleunigte für breite Schichten des Proletariats die Erkenntnis ihrer Klassenlage. Damit war die Voraussetzung für eine zunehmende Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung gegeben, die sich in der Herausbildung von im nationalen Rahmen wirkenden Arbeiterparteien in vielen Ländern Europas und Amerikas manifestierte. So war die neue Epoche durch den Aufstieg der revolutionären Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Gefördert durch das Werk der Begründer des Marxismus, Karl Marx und Friedrich Engels, motiviert vor allem durch den Kampf der Pariser Kommune, gewannen sozialistische Zielstellung und revolutionäre Programmatik in den Parteien feste Konturen. »Langsam, aber beharrlich geht der Prozeß der Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats, seiner Vorbereitung auf die künftigen Schlachten vor sich.«<sup>3</sup>

Die Veränderungen im kapitalistischen System und der Aufstieg der Arbeiterklasse gaben dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zu einem bestimmten Grade den Charakter einer Übergangsepoche. Das komplizierte Verhältnis von gesellschaftlichem Fortschritt und reaktionären Tendenzen und Erscheinungen wurde im Deutschen Reich noch dadurch modifiziert, daß sich durch den insgesamt reformerischen Charakter der bürgerlichen Umwälzung nicht nur aus der Feudalzeit überkommene, reaktionäre Kräfte erhielten, sondern auch die Bourgeoisie durch ihre Politik des Klassenkompromisses auf antidemokratischen Positionen stand. Ihre bedeutsamen Leistungen bei der Entfaltung des kapitalistischen Wirtschaftsorganismus, der Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik waren mit einer reaktionären Gestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft verbunden, was zur Stagnation bzw. Impotenz im gesellschaftspolitischen und geistig-kulturellen Bereich führte.

Die Epoche nach 1871 zeichnete sich durch relativ friedliche Entwicklungsbedingungen aus. Nicht daß es zu einem Stillstand der Klassenausinandersetzungen gekommen wäre oder daß es keine Gefahr militärischer Zusammenstöße gegeben hätte, aber nach Beendigung der Periode der bürgerlichen

<sup>3</sup> W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Werke. Bd. 18. S. 577f.

Umwälzung mit ihren Kriegen und Revolutionen in Europa waren die »Bedingungen für eine unmittelbare revolutionäre Bewegung« verschwunden.<sup>4</sup> Nach der Überwindung des Feudalismus fand der Kapitalismus in den von ihm beherrschten Staaten, aber auch bei der Durchdringung fremder Territorien Entfaltungsmöglichkeiten, die nicht zwangsläufig zu direkten Zusammenstößen zwischen den einzelnen Mächten führen mußten, wenn auch die dem Kapital innewohnende Tendenz der Expansion die Klassengegensätze verschärfte und die Widersprüche zwischen den einzelnen Mächten vergrößerte.

Für die herrschenden Klassen des Deutschen Reiches ergaben sich unter diesen, die gesamte Epoche kennzeichnenden Bedingungen Handlungsmöglichkeiten, deren Spezifik sowohl durch geschichtliche Voraussetzungen als auch von der subjektiven Leistungsfähigkeit der politischen Führungsgruppen der herrschenden Klassen bestimmt wurde. Beide Aspekte wurden in der außenpolitischen Ausgangsposition des neuen Staates sichtbar.

Unmittelbar nach der Kaiserproklamation in Versailles und dem Abschluß des Präliminarfriedens sprach der konservative Oppositionsführer Benjamin Disraeli im britischen Unterhaus. »Dieser Krieg«, so verkündete er, »bedeutet die deutsche Revolution, ein größeres Ereignis als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts [...] Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört, und das Land, welches am meisten leidet und die Wirkungen dieser großen Veränderung am meisten spürt, ist England.«<sup>5</sup> Wenn Disraeli auch aus innenpolitischen Gründen übertrieb, so zeigte die Debatte im Unterhaus doch, daß der Krieg von 1870/71 und die Reichsgründung erhebliche Veränderungen im europäischen Kräfteverhältnis bewirkt hatten.

In dem Bestreben, das Mißtrauen der europäischen Mächte gegenüber dem Reich zu zerstreuen, hatte die preußisch-deutsche Führung nicht zuletzt durch die Hervorhebung der antirevolutionären Positionen des neuen Staates erreicht, daß sich Rußland, Österreich-Ungarn und auch England auf den Boden der Tatsachen stellten. Allerdings erkannten führende Kräfte und insbesondere Bismarck, daß mit der Reichsgründung und der Annexion Elsaß-Lothringens eine obere Grenze der Machtposition des Deutschen Reiches – eine halbhegemoniale

---

4 W. I. Lenin: Gespräch eines Legalisten mit einem Gegner des Liquidatorentums. In: Werke. Bd. 17. S. 172.

5 Zitiert nach Heinz Wolter: Bismarcks Außenpolitik 1871-1881. Außenpolitische Grundlinien von der Reichsgründung bis zum Dreikaiserbündnis. Berlin 1983. S. 77.

Stellung in Europa – erreicht war, zu deren Erhaltung es größter Anstrengungen bedurfte. Diese schlossen die Respektierung der Interessen der anderen Mächte ein. In der von Bismarck formulierten Erklärung des Kaisers vom 18. Januar 1871 war daher als Aufgabe der preußisch-deutschen Politik die Erhaltung des Friedens bezeichnet worden und ausdrücklich eine Absage an kriegerische Eroberungen enthalten. Die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten unterstützte diesen Kurs und forderte eine Politik, die im eigenen Land wie auch bei dessen Nachbarn ein »Gefühl der Sicherheit« entstehen lassen müsse.<sup>6</sup>

Mit Abschluß des Krieges gegen Frankreich vollzog Bismarck eine Wende in seiner Außenpolitik – vom Streben nach Veränderung der europäischen Machtverhältnisse durch Kriege und teilweise revolutionäre Maßnahmen zu einem Kurs der Konservierung der entstandenen politischen Machtverhältnisse, einem Kurs der »Saturiertheit«. Deutschland gehöre, so sagte der Kanzler noch am 11. Januar 1887 im Reichstag, zu den »saturierten Staaten«. Die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo in Europa setzte voraus, daß keine Veränderungen im territorialen Besitzstand der Mächte vorgenommen wurden. Sie schloß aber auch den Kampf gegen alle republikanischen und revolutionären Bestrebungen ein. Nicht zuletzt hierin offenbarte sich, wie weit das Deutsche Reich bereits von jener Entwicklungsphase des aufstrebenden Kapitalismus entfernt war, in der entstehende oder sich konsolidierende Nationalstaaten auch entscheidende Impulse für den Fortschritt in anderen Ländern gegeben hatten.

In Erkenntnis des europäischen Kräfteverhältnisses und in Übereinstimmung mit der antidemokratischen und antirevolutionären Grundposition der herrschenden Klassen in Deutschland steuerte Bismarck eine engere Verbindung der konservativen Kaiserreiche Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland an, wobei ihm die monarchische Solidarität als haltbare Klammer erschien. Dabei wollte und mußte der deutsche Reichskanzler eine Art vermittelnde Stellung einnehmen – insbesondere zwischen Rußland und Österreich-Ungarn – und jede einseitige Option vermeiden, um so die halbhegemoniale Stellung des Deutschen Reiches zu erhalten. Anzustrebendes Ideal für die Politik des Reiches – so formulierte der Kanzler 1877 in seinem Kissinger Diktat – sei »nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich

<sup>6</sup> Zitiert nach ebenda. S. 81.

unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.«<sup>7</sup> Diese Idealvorstellung ging zwar von einer in gewisser Hinsicht realpolitischen Einschätzung des im Jahre 1871 entstandenen europäischen Kräfteverhältnisses aus, beruhte aber auf einer konservativen Gesellschaftskonzeption, die die Mobilität der gesellschaftlichen Verhältnisse unterschätzte bzw. ignorierte. Bismarck erkannte ohne Zweifel, daß die Realisierung seiner 1877 formulierten Erwartungen angesichts der ständigen Versuche aller europäischen Großstaaten, ihre Machtpositionen zu erweitern, von der deutschen Politik ein hohes Maß an pragmatisch-realistischer Reaktionsfähigkeit erforderte. Aber er und mit ihm die politischen Führungsschichten von Bourgeoisie und Junkertum übersahen einerseits die Bedeutung der durch die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft, deren Expansivkraft und Krisen entstehenden oder sich verstärkenden Gegensätze zwischen den Mächten, andererseits aber auch die elementaren Bestrebungen der national unterdrückten Völker, insbesondere der Balkanvölker, nach staatlicher Unabhängigkeit, die das ausbalancierte Kräfteverhältnis verändern konnten.

Vor allem aber waren die Konsequenzen der Annexion von Elsaß-Lothringen und der Demütigung Frankreichs durch den Frankfurter Friedensvertrag nicht sicher einzukalkulieren. Die herrschenden Klassen in Deutschland und ihre Politiker sahen durchaus die latente Gefahr einer erneuten militärischen Auseinandersetzung mit Frankreich, doch der schon 1871 sichtbar gewordenen, von Karl Marx klar gekennzeichneten Gefährdung Deutschlands durch ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich und der dadurch entstehenden Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges glaubten Politiker wie Militärs lange Zeit durch die Erhaltung des Kräfteverhältnisses zwischen den Mächten und vor allem durch eine ständige Aufrüstung entgegen zu können. Die Rüstungspolitik sollte ein »Bereitsein« zu einem neuen Waffengang anzeigen und damit die Gegner abschrecken. Das Streben der militärischen Führungsorgane, im europäischen Rüstungswettlauf immer einen Vorsprung zu erhalten, verband sich mit der militärstrategischen Doktrin vom Präventivkrieg. So stand hinter oder neben der Politik der »Saturiertheit«

---

7 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Bd. 2. Berlin 1922. S. 154.

eine aggressive Grundhaltung, die – durch Großmachtdenken und Nationalismus genährt – bei Veränderung der allgemeinen politischen Situation in den Vordergrund der Gesamtpolitik treten, zumindest aber für bestimmte Fraktionen der herrschenden Klassen Priorität erhalten konnte.

Während die Politiker der Bourgeoisie und des Junkertums Bismarck angesichts seiner unbestreitbaren diplomatischen Erfolge bejubelten und bewunderten, wies August Bebel schon am 24. April 1871 im Reichstag auf die großen Gefahren und die Konsequenzen hin, die sich aus der mit dem Frankfurter Friedensvertrag fixierten außenpolitischen Ausgangsposition des Deutschen Reiches ergaben. Bebel bezweifelte, daß es gelingen werde, Frankreich und Rußland auf Dauer von einem Bündnis abzuhalten. Im Gefolge der Annexion von Elsaß-Lothringen werde es zu einer außerordentlichen Rüstung kommen. Die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine wesentliche Verringerung der Militärlasten werde sich daher nicht erfüllen.

\*

Die Ereignisse des Jahres 1871 regten die Ideologen aller Klassen und Schichten zu Überlegungen an, die sich auf den geschichtlichen Standort der Reichsgründung bezogen und bei denen es mithin auch um die Frage nach der Zukunft Deutschlands ging. Die Maßstäbe dafür wurden in der Geschichte gesucht, wobei die Auswahl und die Wertung der zum Vergleich herangezogenen geschichtlichen Ereignisse und Entwicklungen primär durch die Interessen der Klassen bestimmt wurden. Die so gewonnenen Leitlinien eines nationalen Selbstverständnisses wirkten in der Folge auf die Politik der Klassen und damit auf das nationale Zusammenleben zurück.

Die von bürgerlichen Ideologen – vor allem von Historikern – entwickelten Vorstellungen über die nationale Identität knüpften an die in der Vergangenheit verbreiteten Auffassungen an. Mit dem Abschluß der bürgerlichen Umwälzung und nach der Reichsgründung wurde jedoch eine veränderte inhaltliche Aussage deutlich. Das in der Zeit seit der Französischen Revolution von 1789 von bürgerlichen Schriftstellern, Publizisten und Wissenschaftlern artikulierte, zugleich aber durch die revolutionären Bewegungen des Volkes geprägte Nationalbewußtsein konnte – bei aller Ambivalenz einiger Komponenten –

bis in die sechziger Jahre hinein der auf eine nationale Einigung gerichteten Bewegung aller Klassen und Schichten noch Motivationen für eine progressive Entwicklung vermitteln. Nach 1871 traten die fortschrittlichen Elemente immer mehr zurück.

Die deutsche Bourgeoisie hatte im Prozeß der bürgerlichen Umwälzung gewissermaßen als ideologische Vorgabe und auch als Reflex des sich herausbildenden Klassenkompromisses und der Unterordnung unter die preußische Monarchie in ihrem Geschichtsbild die antifeudalen Bestrebungen, ja auch die eigene, teilweise revolutionäre Vergangenheit immer mehr zurückgedrängt. Wohl apostrophierten ihre Ideologen das Zeitalter der Reformation, die Zeit der preußischen Reformen und des antinapoleonischen Befreiungskrieges und widmeten sie auch der Revolution von 1848/49 verschämt einige Betrachtungen – aber den »glorreichen Anfang deutscher Erfüllung«, wie die »National-Zeitung« die Wende von 1871 bezeichnete<sup>8</sup>, schrieb sie primär den Dynastien und dabei vor allem der Hohenzollerndynastie zu. Progressive Ereignisse und Bewegungen der Geschichte wurden einerseits interpretiert, umfunktionierte und vornehmlich in die Hohenzollernlegende – die Legende von einer nationalen Mission der Hohenzollerndynastie – eingebaut. Die Kunst machte dabei keine Ausnahme. So stellte Anton von Werner, der Direktor der Berliner Akademie der Künste, seine Kolossalgemälde »Luther in Worms«, »Die Erhebung von 1813«, »Moltke vor Paris« und »Die Kaiserproklamation in Versailles« in eine Reihe.

Bürgerliche Ideologen wie der ehemalige Junghegelianer Arnold Ruge, der auf weltgeschichtliche Zusammenhänge hinwies und sogar fragte, ob nicht das »neue Reich deutscher Nation« im Zusammenhang mit der Französischen Revolution von 1789 zu sehen sei<sup>9</sup>, oder der Publizist Alfred Dove, der darauf hinwies, daß erst die Revolution von 1848/49 Preußen so verändert habe, daß es »mit notdürftigem Anstande vor Augen des übrigen Deutschlands zur Lösung seiner nationalen Aufgabe erscheinen konnte«<sup>10</sup> – Ideologen also, die die

8 »National-Zeitung« Berlin. Nr. 56, 2. Februar 1871.

9 »National-Zeitung« Berlin. Nr. 293, 27. Juni 1871.

10 Alfred Dove: Märzjubiläum und Kaisers Geburtstag. In: Im neuen Reich. Wochenschrift für das Leben des deutschen Volkes in Staat, Wissenschaft und Kunst. Hrsg. von Alfred Dove. Leipzig 3(1873)1. S. 484.

schichtsbewegende Kraft der Volksmassen oder zumindest der eigenen, bürgerlichen Klasse nicht übersehen wissen wollten, waren selten, und ihre Stimmen wurden übertönt.

Entsprechend dem Bekenntnis zur Führungsrolle Preußens im neuen Reich wurde – und hierin stimmten bürgerliche und junkerliche Ideologen überein – die Geschichte der preußischen Monarchie gefeiert, der Hohenzollernkult zu einem zentralen Orientierungspunkt des gesamten geistigen Lebens hochstilisiert. Angesichts der Existenz von drei weiteren deutschen Königshäusern und einer Vielzahl anderer Dynastien war es jedoch mit Schwierigkeiten verbunden, das protestantische Haus Hohenzollern direkt zum Zentralpunkt patriotischer Überzeugungen zu machen.

Mit den in der Reichsverfassung fixierten Begriffen »Kaiser« und »Reich« waren geschichtliche Anknüpfungspunkte gegeben, die unterschiedliche politische Auffassungen und historische Traditionslinien vereinen konnten. Die stockpreußischen Junker versetzte freilich die Bezeichnung »Kaiser« – wie Wilhelm I. selbst noch kurz vor der Versailler Proklamation – in eine »morose Stimmung«, galt es doch für sie, »Preußen in Deutschland nicht aufgehen zu lassen«<sup>11</sup>. Schließlich stimmten diese Kräfte unter dem Zwang der Realitäten der Bezeichnung des Reichsoberhauptes als Kaiser zu. »... es ist Preußens Macht, welche das deutsche Kaisertum trägt und hält«, tröstete die »Kreuzzeitung« ihre Anhänger.<sup>12</sup> Und der Sprecher der Konservativen, Hans Hugo von Kleist-Retzow, sprach seinen Junkergenossen im preußischen Herrenhaus Mut zu, wenn er sagte, daß Deutschland vor allen anderen Völkern dazu bestimmt sei, »der geistige Mittelpunkt Europas zu sein«, und daß zu hoffen sei, das neue Kaisertum werde »die Herrlichkeit der christlichen Kaiser deutscher Nation« zurückbringen.<sup>13</sup>

Für die kleindeutsch orientierten bürgerlichen Historiker, die einen wichtigen Anteil an der Entwicklung des Hohenzollernkultes hatten, enthielt die geschichtliche Bezugnahme auf das mittelalterliche Kaisertum insofern

11 »Kreuzzeitung« Nr. 31, 5. Februar 1871.

12 Ebenda.

13 Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch Allerhöchste Verordnung vom 4. Dezember 1870 einberufenen beiden Häuser des Landtags. Herrenhaus. Berichte 1870-1871. 4. Sitzung, 21. Dezember 1870. Berlin 1871. S. 18.

politisch-ideologische Unwägbarkeiten, als damit auch der Universalismus, die weit über Deutschland ausgreifende Politik der Stauffer angesprochen wurde, die den Realitäten einer nationalstaatlichen Entwicklung widersprach.<sup>14</sup> Aus dieser Kalamität suchte sich die Publizistik durch Konstruktion einer eigentümlichen geschichtlichen Wandlung zu helfen: Der Geist, der den preußischen Staat im Laufe der Jahrhunderte erfüllt habe, habe die Errichtung eines Kaiserstaates der Hohenzollern ermöglicht. »Und doch«, so hieß es in den »Preußischen Jahrbüchern«, »wer mag verkennen, daß ein Abglanz jener alten Kaiserkrone auch auf der neuen ruht? Ist nicht durch die heutigen Ereignisse in gewissem Sinne jene Führerrolle dem deutschen Volk zurückerobert, die es im Mittelalter inne hatte und die es damals nicht behaupten konnte?«<sup>15</sup> Diese bürgerlich-nationalistische Bezugnahme auf das mittelalterliche Kaisertum kam den nach wie vor wirksamen spezifisch antipreußischen Kräften entgegen. Katholische Ideologen hielten mit ihren Vorbehalten gegenüber dem protestantischen Hohenzollernhaus nicht zurück – in den süddeutschen Staaten und vor allem in Bayern waren Preußen und seine Dynastie nicht gerade populär. Bei vielerlei Vorbehalten sahen Ideologen und Journalisten – nicht zuletzt durch die angeblich bedeutsame Initiative des Bayernkönigs Ludwig II. mit seinem, allerdings von Bismarck entworfenen Kaiserbrief – »Deutschland, dessen Volk das erste und mächtigste in Europa ist, mit der ihm gebührenden politischen Würde geschmückt«<sup>16</sup>.

Letztlich mündeten alle Varianten der Kaiserauffassung, an der sich die Diskussion um das geschichtliche Verständnis der neuen Reichsherrlichkeit hochrankte, in eine nationalistische Konzeption. Zugleich – und das war der entscheidende Aspekt dieser Diskussionen – wurde mit der Berufung auf das mittelalterliche Kaisertum der Bezug auf demokratische Traditionen des deutschen Volkes vermieden. Eine bereits 1862 von einem großdeutsch orientierten

14 Wilhelm Lang: Deutsche und italienische Einheit. In: Preußische Jahrbücher. Bd. 27. Berlin 1871. S. 220ff. – Siehe dazu auch: Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten deutschen Reiches. Die Streitschriften von Heinrich von Sybel und Julius Ficker zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters. Hrsg. und eingel. von Friedrich Schneider. Innsbruck 1943.

15 Wilhelm Lang: Deutsche und italienische Einheit. S. 220.

16 König Ludwig von Bayern und das deutsche Kaisertum. In: »Allgemeine Zeitung« Augsburg. Nr. 242, 8. Dezember 1870.

Historiker gebrauchte Sentenz kennzeichnete diese nur selten so offen eingestandene Grundposition: »Das Kaisertum, welches wir wollen, ist nicht ein revolutionäres, sondern ein konservatives, zum Schutz gegen die Revolution.«<sup>17</sup>

Weder der stockpreußische Hohenzollernkult noch die geschichtlich verbrämte Reichsvariante, nach der »Kaiser Barbarossa«, der im Kyffhäuser über Jahrhunderte schlief, in Gestalt »Kaiser Weißbarts« – sprich Wilhelm I. – wiedererstandensei, bestimmten allein die Vorstellungen vom geschichtlichen Fundament des Reiches. Die Existenz der Dynastien im Reich und die Kompetenz der Länder in Bildungsfragen ermöglichten die weitgefächerte und vielgestaltige Ausprägung eines primitiven Monarchismus.

Die Landesväter und ihre Paladine sorgten dafür, daß in »ihren« Schulen und für die erwachsenen Untertanen durch die sich ausbreitende Wirksamkeit landesgeschichtlicher Vereine die Verdienste ihrer Dynastien um die Länder sowie auch um das »große Vaterland« gewürdigt wurden. Diese Tendenz prägte sich zumindest für einige, die katholisch regierten Länder besonders aus, als mit dem 1871 einsetzenden Kulturkampf – der Auseinandersetzung zwischen der Bismarck-Regierung und der Bourgeoisie einerseits und dem Katholizismus andererseits – auch die konfessionellen Unterschiede stärker in den Vordergrund rückten.

Bismarck, gefangen in seinen konservativ-machtstaatlichen Gesellschaftsvorstellungen, hat keinen anderen Weg zur Entwicklung nationaler Wertvorstellungen gewußt, als auf die Dynastien zu verweisen. »Deutscher Patriotismus«, so schrieb er in seinen Erinnerungen, »bedarf in der Regel, um tätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit«<sup>18</sup> Wenn darin auch wenig Verständnis für ideologische Prozesse im Zeitalter der Durchsetzung der bürgerlichen Ordnung zum Ausdruck kam, so kennzeichnete der Verfasser hier doch einen Aspekt politisch-ideologischer Wirksamkeit der herrschenden Klassen in Deutschland und die daraus entspringende innere Uneinlichkeit des nationalen Selbstverständnisses.

17 [Onno Klopp]: Die deutsche Nation und der rechte deutsche Kaiser. Freiburg im Breisgau 1862. S. 14. Zitiert nach: Elisabeth Fehrenbach: Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871-1918. München, Wien 1969. S. 48.

18 Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 1-15. Berlin 1924ff. Bd. 15. S. 199.

Um einen unterschiedliche Auffassungen über das mittelalterliche Kaisertum wie auch konfessionelle Differenzen überdeckenden Bezugspunkt für die geschichtliche Tradition zu finden, trat mit der Reichsgründung die Geschichte der Germanen immer stärker in den Vordergrund historischer Reichsapologetik. In den vor allem gegen Frankreich und die Franzosen gerichteten Tiraden waren von Anfang an die Stimmen nicht zu überhören, die in dem gerade entstandenen Deutschen Reich den Keim von etwas »unendlich größerem« sahen.<sup>19</sup> Der Pangermanismus wurde von einigen Presseorganen, in Flugschriften und vor allem durch die politische Lyrik propagiert und mit politischen Forderungen verbunden. Die Dame Germania avancierte zu einem Reichssymbol. Gebiete mit deutschsprachiger Bevölkerung, wie vor allem die österreichischen Länder der Habsburgermonarchie, die Schweiz, Luxemburg und teilweise das Baltikum, wurden als Ziel einer Vergrößerung des Reiches direkt genannt. Schon Ende 1870 wies die nationalliberal orientierte Zeitschrift »Die Grenzboten« warnend darauf hin, daß sich angesichts solcher Stimmen einige Nachbarstaaten fragen, ob »sie den altgermanischen Zusammenhang mit den so gewaltig um sich greifenden Deutschen als einen Gegenstand der Genugtuung ansehen (sollten) oder als eine Gefahr«<sup>20</sup>. Und selbst der »Reichstropfeter« Heinrich von Treitschke sah sich bereits 1871 veranlaßt, in den für die politische Führungselite gedachten »Preußischen Jahrbüchern« zu bemerken: »Wir Deutschen haben das Nationalitätsprinzip niemals in dem rohen und übertriebenen Sinne verstanden, als ob alle Europäer deutscher Zunge unserem Staate angehören müssen.«<sup>21</sup>

Damit unterstützte der Historiker Treitschke die Position, die Bismarck vor allem aus machtpolitischen Gründen immer wieder vertrat. Der Kanzler wandte sich – zunächst mit Erfolg – gegen einen nationalen Irredentismus, weil er damit Gefahren für die Erhaltung des mühsam ausbalancierten Verhältnisses der europäischen Staaten zueinander heraufziehen sah. Der Pangermanismus wurde – ähnlich wie der mit Bezug auf das mittelalterliche

19 »Germania« Nr. 6, 8. Januar 1871. – Die »Germania« vertrat die pangermanistischen Positionen nur bis März 1871 unter dem Redakteur Friedrich Pilgram.

20 »Die Grenzboten« Leipzig 29(1870)1. S. 101.

21 Preußische Jahrbücher. Bd. 28. Berlin 1871. S. 668ff.

Kaisertum verbundene Universalismus – als Motivation deutscher Außenpolitik ausgeschaltet. Beide Aspekte der propagierten Reichstradition blieben jedoch lebendig, und der mit dem Germanenkult motivierte Nationalismus wurde insofern ständig wachgehalten, als er der ideologischen Rechtfertigung innenpolitischer Maßnahmen diente.

Die geschichtliche Entwicklung hatte dazu geführt, daß im Deutschen Reich viele Bürger anderer Nationalitäten lebten. In den durch die Teilungen Polens von 1772, 1793 und 1795 von der preußischen Monarchie annektierten polnischen Gebieten, die nun zum Deutschen Reich gehörten, lebten bei dessen Gründung zwischen 3 Millionen und 3,5 Millionen Polen. Mit der Annexion von Elsaß-Lothringen wurden 1,5 Millionen Einwohner dieser Gebiete zu Bürgern des Reiches, die mit der Geschichte, Wirtschaft und Kultur Frankreichs verbunden waren und von denen viele – besonders in Lothringen – französisch sprachen. In Nordschleswig, das mit der Einverleibung Schleswig-Holsteins 1867 preußisch geworden war, lebten etwa 140 000 Dänen. In der Lausitz schließlich, die teils zu den preußischen Regierungsbezirken Frankfurt an der Oder und Liegnitz, teils zur sächsischen Kreishauptmannschaft Bautzen gehörte, lebte das Volk der Sorben, eine nationale Minderheit, der sich etwa 166 000 Bürger zugehörig fühlten.<sup>22</sup>

Hätten früher schon deutsche Feudalherren bzw. deren Staaten die nationalen Minderheiten unterdrückt, so setzten die herrschenden Klassen im neuen Reich diese Politik fort. Die einst von Johann Gottfried Herder, dem Repräsentanten des demokratischen Flügels der deutschen Aufklärung und des linken Flügels der klassischen deutschen Philosophie, erhobene Forderung, die nationale Identität anderer Völker zu erhalten und ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten zu ermöglichen, hatte die deutsche Bourgeoisie im Laufe der bürgerlichen Umwälzung aufgegeben. »Deutschland [...] scheidet die fremdartigen Elemente aus. Es will nichts Antinationales in seiner Mitte dulden«, verkündeten die Journale.<sup>23</sup>

In Verwaltung, Politik und Ideologie setzte sich die Konzeption einer Germanisierung der im Deutschen Reich lebenden nationalen Minderheiten durch. Das ermöglichte politische Manipulationen und Manöver zur Ablenkung

22 Jan Solta/Hartmut Zwahr: Geschichte der Sorben. Bd. 2. Bautzen 1974. S. 160ff. und 306ff.

23 Preußische Jahrbücher. Bd. 29. Berlin 1872. S. 14ff.

von anderen drängenden, besonders sozialen Problemen. Vor allem aber förderte die Germanisierungspolitik die Verwurzelung nationalistischer Einstellungen gegenüber anderen Völkern.

Es war kein Widerspruch, wenn zur gleichen Zeit, als die Presse nationalistische Auffassungen in allen Variationen verbreitete, immer wieder zu lesen war, daß das neue Reich »sich als ein Reich des Friedens ankündigt«<sup>24</sup>. Die Bekenntnisse zum Frieden reflektierten die außenpolitische Ausgangssituation des Reiches und die von Bismarck verfolgte Politik der Erhaltung des Status quo. Sie fanden insofern auch bei den herrschenden Klassen Anklang, als sie nicht als Hindernis bei der Wahrnehmung ökonomischer Interessen angesehen wurden. Auch die Blutopfer des Krieges ließen Bourgeoisie und Adel nicht unbeeindruckt, da sie durch die außerordentlich hohe Zahl an Verlusten des Offizierskorps direkt betroffen waren. Allein die Friedensbeteuerungen entsprangen in den wenigsten Fällen ethischen Grundauffassungen oder demokratischen Prinzipien in bezug auf das Zusammenleben der Völker. Sie waren mit hegemonialen Vorstellungen verknüpft. Ein überlegenes Deutschland könne andere Staaten friedfertig machen und andere Staaten »zum Friedenhalten nötigen«<sup>25</sup>. Ultima ratio dieser Art von Friedfertigkeiten blieben allein die militärische Macht und deren Stärkung. »So treiben wir, die Hand am Schwert, friedliche Geschäfte«, erläuterten die »Preußischen Jahrbücher«<sup>26</sup>. Insgesamt wurde somit der Friedensgedanke nicht zum tragenden Element von Überlegungen zur historischen Perspektive des Reiches.

Die von den Ideologen der herrschenden Klassen im Zusammenhang mit der Reichsgründung entwickelten Auffassungen über die nationale Identität der Deutschen und die daraus abgeleiteten Vorstellungen über die Normen nationalen und internationalen Verhaltens waren uneinheitlich und bildeten ein eigentümliches Konglomerat. Als übergreifende Elemente lassen sich nationalistische Überhebung und militanter Antidemokratismus erkennen. Die Ignoranz gegenüber allen demokratischen und revolutionären Bewegungen in der Geschichte, das Leugnen der geschichtsbewegenden Kräfte des Volkes und die zugleich betriebene rückwärtsgewandte Apologetik, der Rückgriff auf

---

24 »National-Zeitung« .Berlin. Nr. 459, 1. Oktober 1871.

25 Ebenda.

26 Preußische Jahrbücher. Bd. 34. Berlin 1874. S. 433.

Mythen und Legenden verhinderten realitätsbezogene, produktive Gedanken über die zukünftigen Aufgaben des deutschen Volkes bzw. des Deutschen Reiches. Der Kontrast zwischen der historisierenden Reichsapologie und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die durch einen stürmischen Aufschwung von Produktion, Technik und Naturwissenschaft sowie die Entwicklung der politischen Mobilität breiter Volksschichten gekennzeichnet war, machte einige Ideologen ratlos. Selbst ein Mann wie der kleindeutsche Historiker Heinrich von Sybel, der in geschichtlichen Dimensionen zu denken gewohnt war, bekannte 1871 in einem Brief, er sehe kaum eine Möglichkeit, »noch einen neuen Inhalt für das Leben«<sup>27</sup> zu finden. Auch Richard Wagner, der soeben noch einen pompösen Kaisermarsch komponiert hatte, plagte sich mit der Frage »Was ist deutsch?« und geriet dabei, wie er 1872 schrieb, »in eine sonderbare Skepsis«<sup>28</sup>. Irrationalismus und Kulturpessimismus breiteten sich aus. Schon 1873 stellte die Zeitschrift »Im neuen Reich« fest, daß sich im Geistesleben beunruhigende Entwicklungen abzeichneten. Der Autor sprach von »theoretischer Vermessenheit« in der Philosophie, von der »Rückbildung des Völkerrechts zu einer pfiffigen Theorie der Übermacht« und vom Schwindelgeschäft in einigen Wissenschaftszweigen. Er kennzeichnete die Gesamtsituation recht drastisch, wenn er von einer »Spielwut auf geistigem Gebiet« und vom »theoretischen Gründersinn« sprach.<sup>29</sup>

Waren Hohenzollernkult und Monarchismus sowie die mit einer mythischen Heldenverehrung verbundene Aufwertung alles Militärischen und des Krieges auch geeignet, die antidemokratische Politik der herrschenden Klassen und die Vorstellungen von der halbhegemonialen Position des Deutschen Reiches politisch-ideologisch zu stützen, so waren diese als nationale Ideen ausgegebenen Leitbilder doch eigentümlich statisch und politisch unproduktiv. Die Ignoranz gegenüber fortschrittlichen Bewegungen in der Geschichte, der politische und ideologische Kampf gegen entsprechende geschichtliche Traditionen führten zugleich dazu, daß auch die in jenen revolutionären und

27 Heinrich von Sybel an Hermann Baumgarten, 27. Januar 1871. In: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung. Bd. 1: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859-1870. Hrsg. von Julius Heyderhoff. Bonn, Leipzig 1925. S. 494.

28 Zitiert nach: Martin Gregor-Dellin: Richard Wagner. Sein Leben – sein Werk – sein Jahrhundert. Berlin 1984. S. 695.

29 Alfred Dove: Ein Neujahrswort an die deutsche Geistesarbeit. In: Im neuen Reich. Leipzig 3(1873) Bd. 1. S. 2f.

demokratischen Bewegungen früherer Jahrhunderte geborenen Ideen – ob sie realisiert wurden oder Utopie blieben – wie Demokratie, Freiheit, Menschenwürde, gesellschaftlicher Fortschritt durch Bewegung und Kampf des Volkes, keinen Stellenwert im nationalen Selbstverständnis der herrschenden Klassen in Deutschland erlangten. Hinzu kam, daß entscheidende Elemente des Reichsmythos angesichts der außenpolitischen Grundpositionen Bismarcks nicht wirksam werden konnten und daher gewissermaßen aufgestaut wurden.

Als zwei bis drei Jahrzehnte nach der Reichsgründung die mit dem Übergang zum Imperialismus verbundenen expansiven Interessen und außenpolitischen Ansprüche der Monopolbourgeoisie deutlich artikuliert wurden, traten jedoch diese Komponenten der seit 1871 propagierten Auffassungen stärker hervor, rückten sie in das Zentrum der Propaganda der herrschenden Klassen. In den von Wilhelm II. verkündeten imperialen Ansprüchen, in der alldeutschen Propaganda und in den von der Reichsleitung entwickelten außenpolitischen Vorstellungen traten der mit dem Rückgriff auf das mittelalterliche Kaisertum verbundene Universalismus, der Pangermanismus und der sich ausbreitende Rassismus sowie Heldenverehrung und Kriegskult als entscheidende Elemente einer nach innen antidemokratischen, nach außen aggressiven, imperialistischen Ideologie zutage. Durch spezielle Organisationen verbreitet, diente sie dem nunmehr immer stärker in die politischen Planungen eingehenden Ziel der Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus.

Das von den herrschenden Klassen entwickelte Bild von der geschichtlichen Stellung des Reiches und die damit verbundenen Wertvorstellungen fanden relativ große Verbreitung und Aufnahme in breiten Volksschichten, zumal Schule und Kirche, Presse und Literatur – Lyrik und Prosa – sie propagierten. Die herrschenden Klassen und ihre Ideologen verstanden es, die echten Gefühle der Erleichterung über die Nationalstaatsbildung, über die Beseitigung der nationalen Zersplitterung, gegen die Generationen gekämpft hatten, zu nutzen, um ihre Vorstellungen vom »nationalen Beruf« mit jenen oft sehr elementaren Gefühlen zu verknüpfen.

Dennoch zeigte sich sehr bald, daß die charakteristische, reaktionäre Grundausrichtung der Auffassungen der herrschenden Klassen von Nation und nationaler Identität nicht geeignet war, Vorstellungen und Interessen der

unterdrückten Klassen und Schichten, insbesondere der Arbeiterklasse, zu integrieren. Der frühzeitige und ausgiebige Gebrauch der Begriffe »Reichsfeind«, »vaterlandsloser Geselle« oder auch »Römling« war ein Reflex der Erkenntnis, daß die von Bourgeoisie und Junkertum vertretenen nationalen Wertvorstellungen auf Widerstand stießen. Es war vor allem die Arbeiterklasse, die mit zunehmender politischer Reife und Aufnahme des Marxismus qualitativ neue Auffassungen entwickelte.

\*

Die im Vergleich zu analogen Prozessen in einigen Ländern Westeuropas und vor allem zu der fortgeschrittenen ökonomischen Entwicklung in Deutschland selbst relativ späte Entstehung des deutschen Nationalstaates bewirkte, daß die bürgerliche deutsche Nation, deren endgültige Konstituierung mit der Nationalstaatsbildung abschloß, von starken inneren Klassegegensätzen gekennzeichnet war. Da faktisch zur gleichen Zeit auch die Konstituierungsphase der Arbeiterklasse endete, der politische Formierungsprozeß des Proletariats mit der Bildung der Eisenacher Partei eine neue Qualität erreichte, entwickelten die politisch fortgeschrittenen Arbeiter auch eigene Vorstellungen über die Nation, erarbeiteten sich die revolutionären Sozialdemokraten ein eigenes nationales Selbstverständnis.

Eine entscheidende inhaltliche Komponente der von den Sozialdemokraten entwickelten Positionen stellte der proletarische Internationalismus dar. Der Internationalismus war ein konstitutives Element der Erkenntnis der eigenen Klassenlage und damit auch der wissenschaftlich begründeten Auffassungen über die historische Mission des Proletariats. Er hatte sich in der Haltung der Parteiführung der SDAP zum Krieg von 1870/71 praktisch bewährt und in wachsendem Ausmaß die politische Stellungnahme Tausender Arbeiter zur Pariser Kommune bestimmt. Auch die Mitglieder des ADAV hatten sich in dieser Solidaritätsbewegung zum Internationalismus bekannt. Damit war die den Internationalismus abwertende Haltung einer militanten Führungsgruppe des ADAV unterminiert worden. Nach komplizierten

Auseinandersetzungen bekannte sich die 1875 entstehende einheitliche Partei der Arbeiterklasse zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Diese Position beinhaltete zunächst die Solidarität der Arbeiter aller Länder im Kampf gegen die Ausbeutung und für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft. Sie schloß aber das Ziel eines friedlichen Neben- und Miteinanders aller Nationen ein. Insofern nahm die proletarische Bewegung jene humanistischen Ideale und Werte auf, die seit der Aufklärung von bürgerlich-demokratischen Kräften vertreten wurden.

In der praktischen Politik der Sozialdemokraten motivierte der proletarische Internationalismus den Kampf gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung und – auf ideologischem Gebiet – die Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Nationalismus. Zugleich wurde er auch im Kampf gegen die von den herrschenden Klassen gegenüber den im Reich lebenden nationalen Minderheiten betriebene Unterdrückungspolitik politisch wirksam. Am deutlichsten dokumentierte sich das in der Politik der Sozialdemokratie gegenüber den im Reich lebenden Polen und in ihrem Eintreten für die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates als elementares nationales Recht aller Polen.

Es kennzeichnet den Klassenantagonismus ebenso wie die anmaßende, ein Monopol auf nationale Anschauungen und Gefühle beanspruchende Haltung der herrschenden Klassen, wenn bereits in den siebziger Jahren auf die Sozialdemokraten – teilweise auch auf katholische Anhänger der Zentrumspartei – der Begriff des »Reichsfeindes« angewandt wurde und die Sozialdemokraten zudem das Etikett »vaterlandslose Gesellen« erhielten. Abgesehen davon, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei diese als Schimpfworte gedachten Bezeichnungen als Ehrennamen betrachteten, ergab sich aus der geschichtlichen Verantwortung der Sozialdemokraten und dem Zwang, jene den unmittelbaren Kampf hemmenden nationalistischen Vorstellungen zu bekämpfen, die nicht ohne Einfluß auf bestimmte Volksschichten blieben, die Notwendigkeit, ihre Stellung zum Nationalstaat und damit zur Nation direkt, gewissermaßen positiv zu entwickeln.

Das war für die revolutionären Sozialdemokraten insofern kompliziert, als schon der Kampf gegen den 1870/71 aufschäumenden Nationalismus und die Abgrenzung vom bürgerlichen Nationalverständnis angestrengte theoretische

Arbeit und vor allem dialektisches Denken verlangten, wollte man nicht in Extreme oder einseitig ablehnende Stellungnahmen verfallen. Es kam hinzu, daß die bewußten Vertreter der Arbeiterklasse Jahrzehnte gegen die antidemokratische, kleindeutsche Lösung der nationalen Einigung gekämpft hatten, nunmehr aber der Nationalstaat in der entsprechenden Form existierte.

Das Wissen um den Klassencharakter des Reiches und die spezifische Form der Herrschaftsausübung im Bismarck-Staat erleichterten jedoch die Erarbeitung der sozialistischen Position.

Es war kennzeichnend – für den Charakter der Politik der herrschenden Klassen wie für die Kampfposition der Sozialdemokraten –, daß die Erörterungen des Problems vornehmlich im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Militarismus und gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten erfolgte. Im Zusammenhang mit dem Militärgesetz von 1874 hoben die Sozialdemokraten hervor, daß die Ausbreitung des Militarismus die Geschicke der Nation verhängnisvoll beeinflussen werde. Gegen verschiedene Angriffe, die der Sozialdemokratie Reichsfeindschaft und nationalen Nihilismus unterstellten, wandte sich ein zweiteiliger Artikel Julius Mottelers im Zentralorgan der Partei unter dem Titel »Die Sozialisten und das Reich«.<sup>30</sup> Motteler stellte zunächst klar, daß das deutsche Kaiserreich keinesfalls »das Idol der Sozialisten« sei. Er erklärte aber, »daß auch der Sozialismus den Gedanken der Reichseinheit als eines nationalen und staatlichen Ganzen, und zwar (für Internationale ist dies selbstverständlich) als notwendiges Glied einer internationalen Staatsgemeinschaft gedacht, für natürlich geboten erachtet«<sup>31</sup>. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer nationalstaatlichen Organisation der Gesellschaft hinderte Motteler jedoch nicht, auf den Klassencharakter des bestehenden Nationalstaates einzugehen, auf dessen »antisoziale innere Beschaffenheit«. Motteler betonte die Verantwortung der Sozialdemokraten für die Geschicke der Nation, wenn er erklärte, »daß die Sozialisten nicht Gegner des Reiches sind, weil es ein Reich und weil es ein nationales Ganzes sei, sondern weil es in seiner damaligen Beschaffenheit den Zweck seines Daseins nicht erfüllen kann«.<sup>32</sup> Damit erklärte Motteler, daß die

30 »Der Volksstaat« Leipzig. Nr. 55, 13. Mai 1874; Nr. 58, 20. Mai 1874.

31 Ebenda Nr. 58, 20. Mai 1874.

32 Ebenda.

Sozialdemokratie als Führerin der Arbeiterklasse in ihrem Kampf bewußt eine nationale Aufgabe sah. 1880 erläuterte August Bebel in seinem Artikel – wiederum im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über eine Militärvorlage – diese Position noch eingehender.<sup>33</sup> Er wandte sich gegen den Mißbrauch nationaler Gefühle, gegen Nationalismus und Chauvinismus und stellte fest, daß diese nur dazu benutzt werden, um die Kriegspolitik zu unterstützen, daß sie dazu dienen, »die Ketten, die das Volk trägt, weniger fühlbar zu machen«. Weiter schrieb er: »Der Patriotismus, der in der Liebe zu dem Lande besteht, in dem man geboren, in dessen Sprache und Sitten man erzogen ist, das mit einem Wort den Boden bildet, in dem unser Sein wurzelt und sich entfaltet, dieser Patriotismus wird von der Sozialdemokratie nicht nur nicht verworfen, er wird tagtäglich von ihr in höchstem Maße geübt, als sie das System, das auf diesem Boden herrscht, mit aller Kraft und allen Verfolgungen zum Trotz bekämpft und jedem, der diesen Boden verlassen will, zuruft: ›Hic Rhodus, hic salta‹ – bleibe hier und kämpfe mit, hier ist der Boden, auf dem wir die neue Zeit, die neue Welt zu erkämpfen und zu schaffen haben.« Zu einer im Kriegsfall notwendig werdenden Verteidigung nationaler Unabhängigkeit erklärte Bebel, daß es nicht darum gehen könne, »unseren wackeren Polizisten und Richtern Schutz vor dem Feind zu bieten«, sondern darum, »selbst freie Hand zu haben, uns mit unseren Feinden zu Hause in's Reine setzen zu können«. Diese Patriotismusauffassung basierte auf der Erkenntnis der Rolle der Klassen und schloß die Perspektive des proletarischen Befreiungskampfes ein.

An diesen Gedanken knüpfte Wilhelm Liebknecht an, als er am 15. Januar 1886 in einer bedeutsamen Reichstagsrede gegen die Polenpolitik der preußischen Regierung auftrat und sich gegen die Unterdrückungspolitik wandte.<sup>34</sup> Im Zusammenhang damit kam er auch auf Äußerungen führender Politiker des Reiches zu sprechen, die – wie Bismarck – angesichts der oppositionellen Haltung des Reichstages Staatsstreichgedanken geäußert hatten und – wie Liebknecht bemerkte – so weit gingen, zu fordern, »daß man die ganze ›Reichsbude‹ schließe«. Liebknecht erklärte dazu: »wenn von der Seite, wo jetzt der

---

33 »Der Sozialdemokrat« Zürich. Nr. 16, 18. April 1880.

34 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages. 6. Legislaturperiode. 2. Session 1885/1886. Bd. 1. Berlin 1886. S. 536ff.

Reichsgedanke aufhört lebendig zu sein, die Reichsbude geschlossen wird, dann werden andere sich finden, dann werden wir das sein, welche ihn wieder aufnehmen – freilich in etwas veränderter Form«. Liebknecht charakterisierte damit die Abhängigkeit nationaler Vorstellungen von den Klasseninteressen, und er kam auf die nationale Verantwortung der Arbeiterklasse zurück, wenn er – in Erwiderung auf den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit – ausführte: »Es gibt keinen Vorwurf, den ich leichter ertragen kann als diesen. Was heißt Vaterlandsliebe? Nach meiner Auffassung: dafür zu sorgen, daß das Vaterland, das uns allen gehört, wohnlich werde, dafür sorgen, daß unser deutsches Vaterland Einrichtungen erlangt, die es jedem zur Ehre und Annehmlichkeit machen, darin zu wohnen.« Die Sozialdemokraten erkannten die geschichtliche Bedeutung der nationalstaatlichen Entwicklung; sie begriffen auch die bürgerliche Nation als eine Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft, in der sich für das jeweilige Volk wichtige Beziehungen entwickeln. Zugleich begriffen sie aber auch die durch die Existenz der Klassen und deren Kämpfe gesetzten Grenzen bzw. Widersprüche nationaler Beziehungen. Schon 1871 hatte Wilhelm Liebknecht hervorgehoben, nach der Pariser Kommune sei deutlich geworden, daß »zwei Weltenschroffeinander« gegenüberstehen – »die Welt der Besitzenden und die Welt der Nichtbesitzenden«<sup>35</sup>. Und 1891 schrieb er in zugespitzter Form von zwei Nationen, die im Deutschen Reich bestehen. »Das soll heißen die Nation der Kapitalisten und die Nation der Arbeiter – die Nation der Besitzenden und die Nation des Proletariats.«<sup>36</sup> Die in Anlehnung an einen Roman von Disraeli gebrauchte überspitzte Formulierung sollte einerseits die Klassenspaltung der Nation kennzeichnen, andererseits auf die Verantwortung der Arbeiterklasse für die Geschicke der Nation hinweisen und das geschichtlich Vorwärtsweisende betonen.

Die Auffassungen der Sozialdemokratie über den Nationalstaat und die zugleich entwickelten Vorstellungen über die Normen nationalen Zusammenlebens und nationaler Politik basierten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Rolle der Klassen und des proletarischen Internationalismus. Sie gründeten sich zugleich auf ein Geschichtsbild, das in hohem Maße durch die historischen Auffassungen und Arbeiten von Marx

35 Wilhelm Liebknecht: Zu Schutz und Trutz. In: Wilhelm Liebknecht: Kleine politische Schriften. Hrsg. von Wolfgang Schröder. Leipzig 1976. S. 84.

36 »Vorwärts. Berliner Volksblatt« Nr. 220, 22. September 1891.

und Engels beeinflußt wurde und in dessen Mittelpunkt die revolutionären und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes standen. Die zentralen Bezugspunkte des Traditionsverständnisses waren die frühbürgerliche Revolution mit ihrem Höhepunkt, dem Bauernkrieg und dem Kampf Thomas Müntzers, sowie die Revolution von 1848/49. Dabei war die Entwicklung des Traditionsbildes sowohl durch die Verbreitung entsprechender historischer Darstellungen als auch durch die direkte politische Aktion charakterisiert. Alljährlich demonstrierten die Berliner Arbeiter am 18. März zu den Gräbern der Gefallenen der Revolution von 1848/49 im Friedrichshain. Gerade diese Demonstrationen zeigten deutlich die gegensätzlichen Positionen im geschichtlichen Selbstverständnis der herrschenden Klassen einerseits und der Arbeiterklasse andererseits: Die Bourgeoisie bekannte sich nicht mehr zur Revolution – nur einzelne bürgerliche Demokraten wagten zeitweise Erinnerungsfeiern –, und die Organe des junkerlich-militaristischen Staates betrachteten diese demonstrativen Bekenntnisse der Berliner Arbeiter als staatsgefährliche Aktionen.

Das von der Sozialdemokratie entwickelte und immer mehr ausgearbeitete Geschichtsbild entstand in bewußtem Gegensatz zur historischen Reichsapologie. August Bebel betonte in seinem 1876 erschienenen Buch »Der deutsche Bauernkrieg« besonders den Gedanken, daß der Glaube an Helden und der Hohenzollernkult, der »Autoritätsglauben«, der »eine Existenzbedingung für die Herrschenden ist«, zerstört werden müssen, damit »das Volk seine Geschicke selbst in die Hand« nehmen kann.<sup>37</sup>

Entsprechend den sich durchsetzenden, von Marx und Engels dargelegten Erkenntnissen über die Gesetzmäßigkeiten des weltgeschichtlichen Fortschritts und ausgehend von ihrer internationalistischen Position, bezog die Sozialdemokratie die revolutionären Bewegungen anderer Länder und Regionen in ihr Geschichtsbild ein. Einen wichtigen Platz im Geschichtsverständnis der revolutionären Arbeiter nahmen die Französische Revolution von 1789 und nicht zuletzt die Pariser Kommune ein.

Abgesehen davon, daß die Bemühungen um ein eigenes Geschichtsbild große Bedeutung für das Wachsen der Erkenntnisse zur historischen Stellung und zu den

---

37 August Bebel: Der deutsche Bauernkrieg. Braunschweig 1876. S. 2ff.

Aufgaben des Proletariats besaßen, stellten sie auch ein konstitutives Element des nationalen Selbstverständnisses der politisch bewußten Arbeiter im Deutschen Reich dar. Die Betonung der geschichtsbewegenden Kräfte motivierte den Optimismus der kämpfenden Arbeiterklasse und bildete zugleich die historische Grundlage und Legitimation für die von der Sozialdemokratie entwickelte demokratische Alternative zur Politik der herrschenden Klassen im Reich, für die revolutionäre Umgestaltung der Existenz- und Entwicklungsbedingungen der gesamten Nation.



---

## *Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber*

### *Monographien*

August Bebel. Eine Biographie. Von einem Autorenkollektiv des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Leitung von Horst Bartel. Autorenkollektiv: Horst Bartel, Rolf Kuntzsch, Horst Schumacher, Gustav Seeber, Kurt Stenkewitz, Heinz Wolter. Berlin: Dietz Verlag 1963. 324 S.

Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893. Berlin: Akademie-Verlag 1965. 226 S. (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Reihe I: Allgemeine und deutsche Geschichte. Bd. 30).

Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung ihrer revolutionären Parliaments-taktik von 1867 bis 1893. Einführung in die originalgetreue Reproduktion des Buches »Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag«. Berlin: Dietz Verlag 1966. 76 S.

Der Sozialdemokrat 1879-1890. Nachbemerkung zur originalgetreuen Reproduktion in drei Bänden: »Der Sozialdemokrat – Entwicklung und historische Stellung«. Berlin 1970. 34 S. [gemeinsam mit Horst Bartel, Wolfgang Schröder und Heinz Wolter].

Kleinbürgerliche Demokratie im Bismarckstaat. Entwicklungstendenzen und Probleme. Berlin: Buchverlag Der Morgen 1971. 210 S. [gemeinsam mit Walter Wittwer].

Monarchen und Minister. Sozialdemokratische Publizistik gegen Monarchismus und Volksbetrug. Zusammengestellt, bearbeitet und eingeleitet von Gustav Seeber und Heinz Wolter. Berlin: Akademie-Verlag 1974. 266 S.

Der Sozialdemokrat 1879-1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz. Berlin: Dietz Verlag 1975. 292 S. [gemeinsam mit Horst Bartel, Wolfgang Schröder und Heinz Wolter].

Das Sozialistengesetz 1878-1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz. Berlin: Dietz Verlag 1980. 390 S. [gemeinsam mit Horst Bartel und Wolfgang Schröder].

**Mit Eisen und Blut. Die preußisch-deutsche Reichsgründung von 1870/71.** Berlin: Dietz Verlag 1981. 243 S. [gemeinsam mit Heinz Wolter] (Schriftenreihe Geschichte). – Parallelausgabe unter dem Titel: **Die preußisch-deutsche Reichsgründung von 1870/71.** Köln 1981 (Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein. Bd. 217).

**Arbeiterklasse und Parlament. Parlamentarische Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung 1848-1949.** Berlin 1984. 183 S. [gemeinsam mit Karl-Heinz Schöneburg].

**Bismarck und die Revolution. Dokumente. Ausgewählt und kommentiert von Gustav Seeber und Heinz Wolter. Mit einer Einleitung von Heinz Wolter.** Berlin: Verlag der Nation 1989. 360 S.

### *Herausgeberschaft*

**Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.** Berlin: Dietz Verlag 1970. 671 S. [gemeinsam mit Horst Bartel (Leitung), Hellmut Hesselbarth und Wolfgang Schröder].

**Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen.** Hrsg. von Horst Bartel/Ernst Engelberg. Bd. 2. Berlin 1971. 607 S. [wissenschaftliche Redaktion gemeinsam mit Heinz Wolter].

**125 Jahre Kommunistisches Manifest und bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49. Referate und Diskussionsbeiträge.** Im Auftrage der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR hrsg. von Horst Bartel, M.P. Kim, P.N. Pospelov, Walter Schmidt, Gustav Seeber, P. A. Zilin. Berlin: Akademie-Verlag 1975. 312 S.

**Die Revolution von 1848/49 als europäisches Ereignis. Kolloquium am 26. und 27. September 1973 in Rostock. Referate und Diskussionsbeiträge.** Veranstaltet von der Kommission der Historiker der DDR und der Ungarischen Volksrepublik in Verbindung mit der Universität Rostock. Zusammengestellt und wissenschaftlich bearbeitet von Karl Obermann, Gustav Seeber und Gunther Hildebrandt. Rostock 1974 (Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 23(1974)8).

**Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag.** Hrsg. von Horst Bartel, Heinz Helmert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Bd. 1-2. Berlin: Akademie-Verlag 1976. VIII, VII und 768 S.

**Revolutionäre Umwälzungen in Ungarn und auf dem Territorium der DDR 1945 bis 1948/49. Protokoll des Kolloquiums der Kommission der Historiker der DDR und der Ungarischen Volksrepublik.** Magdeburg, September 1975. Hrsg. von Karl Obermann, Gustav Seeber und Alexander Tinschmidt. Magdeburg 1976. 125 S. (Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule »Erich Weinert« Magdeburg).

Bismarcks Sturz. Zur Rolle der Klassen in der Endphase des preußisch-deutschen Bonapartismus 1884/85 bis 1890. Von einem Kollektiv unter Leitung von Gustav Seeber. Berlin: Akademie-Verlag 1977. 422 S. [Gesamtleitung, wissenschaftliche Redaktion sowie Autor von Einleitung, Kapitel I,1 und 2; II; III,4; IV und Zusammenfassung]. (Schriften des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Bd. 52).

August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. von Horst Bartel, Rudolf Dlubek, Heinrich Gemkow, Ursula Herrmann und Gustav Seeber. Bd. 2: 1878 bis 1890. Berlin 1978. 101, 829 und 666 S.

Gestalten der Bismarckzeit. Hrsg. von Gustav Seeber. Berlin: Akademie-Verlag 1978. 456 S.

Ungarn im zweiten Weltkrieg. Drei Studien. Im Auftrage der Kommission der Historiker der DDR und UVR hrsg. von Karl Obermann und Gustav Seeber. Berlin: Akademie-Verlag 1978. 98 S. (Internationale Reihe des ZIG).

Ernst Engelberg: Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. von Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Berlin: Akademie-Verlag 1980. 416 S.

Sturm läutet das Gewissen. Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts. 1830-1945. Hrsg. von Werner Fritsch, Siegfried Schmidt, Gustav Seeber, Rolf Weber, Manfred Weißbecker unter der Leitung von Dieter Fricke. Berlin: Verlag der Nation 1980. 615 S.

Studien zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hrsg. von Wolfgang Schröder und Gustav Seeber. Berlin 1981. 481 S. (Jahrbuch für Geschichte. Bd. 22).

Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft. Forschungswege – Bilanz – Aufgaben. Bd. 1-10. Berlin: Akademie-Verlag 1981-1989 [Leitung des Herausgeberkollektivs].

August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. von Horst Bartel, Rudolf Dlubek, Heinrich Gemkow, Ursula Herrmann und Gustav Seeber. Bd. 6: August Bebel: Aus meinem Leben. Berlin 1983. 809 S.

Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789 hrsg. von Gustav Seeber und Karl-Heinz Noack. Berlin: Akademie-Verlag 1983. 354 S. (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft. Bd. 3).

Gestalten der Bismarckzeit. Bd. 2. Hrsg. von Gustav Seeber. Berlin: Akademie-Verlag 1986. 470 S.

**Gestalten der Bismarckzeit. Bd. 1.** Hrsg. von Gustav Seeber. 2., durchgesehene Aufl. Berlin: Akademie-Verlag 1987. 456 S.

**Deutsche Geschichte. Bd. 5: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897.** Autorenkollektiv: Gustav Seeber (Leiter), Horst Bartel, Konrad Canis, Herbert Gottwald, Wolfgang Schröder, Heinz Wolter. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1988. 480 S. (Deutsche Geschichte in zwölf Bänden). – Parallelausgabe Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1988.

**Deutsche Geschichte in zehn Kapiteln.** Hrsg. von Joachim Herrmann in Verbindung mit Manfred Bensing, Jochen Cerný, Olaf Groehler, Heinz Heitzer, Wolfgang Ruge, Walter Schmidt, Gustav Seeber, Bernhard Töpfer, Günter Vogler. Berlin: Akademie-Verlag 1988. 512 S.

**Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf.** Hrsg. von Walter Schmidt, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Berlin 1989. 342 S.

**Sozialismus und frühe Arbeiterbewegung** hrsg. von Walter Schmidt und Gustav Seeber. Berlin: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989. 320 S. (Studien zur Geschichte. Bd. 15).

**Bismarckzeit. Historische Strieflichter einer Epoche 1871-1895.** Hrsg. von Gustav Seeber. Leipzig [u. a.]: Urania-Verlagsgesellschaft 1991. 408 S.

**Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90.** Hrsg. von Reiner Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka. Stuttgart: Klett-Cotta 1992. 493 S.

## *Aufsätze und Besprechungen*

### *1957*

Der Kampf der Linken in der USPD um die Vereinigung mit der KPD in Thüringen (September 1919 bis Dezember 1920). In: Thüringer Heimat 2(1957)4. S. 201-210.

Nur in der Einheit liegt die Kraft! In: Hände weg von Sowjetrußland. Gera o.J. [1957]. S. 36-38.

### *1958*

Auswirkungen der revolutionären Ereignisse in Rußland 1917/18 auf die Arbeiterbewegung in Thüringen. In: Die Oktoberrevolution und Deutschland. Berlin 1958. S. 272-277.

Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg 1914 bis 1918. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 7(1957/58)2/3. S. 317-327.

Die Universität Jena in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. In: Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festgabe zum vierhundertjährigem Jubiläum. Bd. 1. Jena 1958. S. 24-59 [Abschnitte II bis VIII].

Die Entwicklung in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart (1958). In: Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Jubiläum. Bd.1. Jena 1958. S. 671-685 [Einleitung zum Kapitel X].

### *1959*

Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Urania 22(1959)1. S. 5-10.

### *1961*

Zu einigen Problemen des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in den 90er Jahren und ihrer Darstellung in der westdeutschen Historiographie. In: BzG 3(1961)3. S. 593 bis 620 [gemeinsam mit Wolfgang Schröder].

Zur Entwicklung und Rolle des Antisemitismus in Deutschland von 1871-1914. In: ZfG 9(1961)7. S. 1592-1597 [gemeinsam mit Hans Schleier].

[Rezension zu:] Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890. Berlin 1959. In: Deutsche Literaturzeitung 82(1961)3. Sp. 244-248.

[Rezension zu:] Wolfgang Pack. Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks. Düsseldorf 1961. In: BzG 4(1962)2. S. 468-474.

## 1962

Gründungstag der Arbeitsgemeinschaft »Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart«. In: ZfG 10(1962)5. S. 1151-1157.

## 1964

[Rezension zu:] Georg Eckert: Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. Bd. 1. Braunschweig 1961. In: Deutsche Literaturzeitung 85(1964)1. S. 42-46.

[Rezension zu:] Rolf Weber: Kleinbürgerliche Demokratie in der deutschen Einheitsbewegung 1863-1866. Berlin 1962. In: ZfG 12(1964)2. S. 336-338.

## 1965

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil I: Von den Anfängen bis 1917. Berlin 1965. S. 130-181 [Mitarbeit für den Zeitraum 1884-1897].

Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Leitung des Autorenkollektivs: Horst Bartel. Berlin 1965. S. 95-124 [Autor von Kapitel 6].

Konferenz über die Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland. In: ZfG 13(1965)2. S. 296-302 [Teilbericht über Arbeitskreis II].

## 1966

August Bebel und Max Hirsch. Vier unveröffentlichte Briefe August Bebels in den Jahren 1865 bis 1868. In: ZfG 14(1966)5. S. 766-780.

Zur Vorbereitung des Erfurter Programms. In: ZfG 14(1966)7. S. 1117-1147 [gemeinsam mit Wolfgang Schröder].

## 1967

Deutsche Geschichte in Daten. Berlin 1967 [Mitarbeit als Kapitelautor].

Stoecker, Adolf. In: Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte. Von den Anfängen bis 1917. Berlin 1967. S. 451-452.

[Bericht über die Verteidigung der Dissertation: ] Heinz Wolter: Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Außenpolitik des preußisch-deutschen Reiches unter Bismarck (1878 bis 1890). Phil. Diss., Karl-Marx-Universität Leipzig, November 1966. In: BZG 9(1967)2. S. 306 bis 307.

Einige Bemerkungen zum Problem Liberalismus und Arbeiterbewegung. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 18 (1967)S. 55-58.

## 1968

Deutsche Fortschrittspartei 1861-1884. In: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1968. S. 333-354.

Deutsche Freisinnige Partei 1884-1893. In: Ebenda. S. 355-363.

[Rezension zu:] Karl Marx. Eine Biographie. Berlin 1968. In: Einheit 23(1968)4/5. S. 360 bis 361 [gemeinsam mit Wolfgang Schröder und Horst Bartel].

## 1969

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 1-2. Berlin 1969-1970. 1055 und 877 S. [Autor von ca. 60 Stichworten].

Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Leitung des Autorenkollektivs: Horst Bartel. Berlin 1969. S. 95-124 [Autor von Kapitel 6].

Zur Herausbildung und Durchsetzung des Kapitalismus als sozialökonomischer Formation im Weltmaßstab. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 11(1969)4. S. 289-298 [gemeinsam mit Wolfgang Schröder].

[Rezension zu:] August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd.1. Berlin 1970. In: BzG 11(1969)4. S. 702-704.

[Rezension zu:] Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967. Bd. I-IV. Berlin 1968-1969 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 6/I-6/IV). In: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. Leipzig 136(1969)36. S. 720-721.

## 1970

Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik. Zur Entwicklung der revolutionären Parlamentstaktik in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.* Berlin 1970. S. 219-330.

Liberaler Vereinigung. In: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945.* Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke. Bd. 2. Leipzig 1970. S. 322-329.

Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. In: *BzG 12(1970)2.* S. 191-214.

Forschungen zur deutschen Geschichte von 1871 bis zur Jahrhundertwende. In: *ZfG. Sonderband 1970 »Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970«.* S. 455-475.

(Westdeutsche Geschichtsfälschungen) Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. In: *Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung.* Berlin 1970. S. 337-350.

Über die Stellung der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zur Revolution von 1848 in der Zeit nach 1871. In: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte (1970)26/27.* S. 164-172.

Pariser Kommune, Reichsgründung und revolutionäres Proletariat. In: Horst Bartel [u.a.]: *Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871.* Frankfurt am Main 1970. S. 89 bis 144 [gemeinsam mit Horst Bartel].

Proletár internacjonalizmus és alkotó marxizmus (Engels rigyes tevékenysége életének utolsó éveiben). In: *Párttörtémeti Közlemények.* Budapest (1970)4. S. 44-74 [gemeinsam mit Wolfgang Schröder].

Friedrich Engels als Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus. In: *Marxismus Digest. Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften.* Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt am Main (1970)4. S. 539-564.

## 1971

1870/71. Die Gründung des Deutschen Reiches und die Arbeiterbewegung. In: *BzG 13 (1971)1.* S. 3-22 [gemeinsam mit Heinz Wolter].

Die Pariser Kommune und die herrschenden Klassen in Deutschland. In: *ZfG 19(1971)2.* S. 309 bis 338 [gemeinsam mit Wolfgang Schröder, Walter Wittwer und Heinz Wolter].

[Rezension zu:] Franz Herre: Anno 70/71. Köln 1970. In: ZfG 19(1971)1. S. 110.

Pariser Kommune, Reichsgründung und revolutionäres Proletariat. Ausgangsposition und Problematik der Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zum Deutschen Reich. In: Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen. Hrsg. von Horst Bartel/Ernst Engelberg. Bd. 2. Berlin 1971. S. 21-73 [gemeinsam mit Horst Bartel]. – Nachdrucke unter dem Titel: Reichsgründung, Pariser Kommune und revolutionäre Arbeiterbewegung. In: Arbeiterbewegung und Reichsgründung. Hrsg. von Horst Bartel. Berlin 1971. S. 77-126; Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung. Frankfurt am Main 1971. S. 77-126.

Die Bourgeoisie und das Reich. Zur politischen Konzeption der Bourgeoisie in den 70er Jahren. In: Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen. Hrsg. von Horst Bartel/Ernst Engelberg. Bd. 2. Berlin 1971. S. 127-169.

Konferenz der Historikerkommission der DDR über Friedrich Engels. In: ZfG 19(1971)5. S. 464 bis 466 [gemeinsam mit Gerhard Becker].

Zur Erforschung und Darstellung der nichtproletarischen demokratischen und antimilitaristischen Kräfte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. In: Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte (1971)29. S. 23-34.

Die Pariser Kommune und die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung im Jahre 1871. In: 100 Jahre Pariser Kommune. Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft. Potsdam (1971)78. S. 65-76 (Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR).

Die preußisch-deutsche Reichsgründung 1871. Zu ihrer historischen Stellung, zum Charakter des Reiches und zur Haltung der revolutionären Arbeiterbewegung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule »Dr. Theodor Neubauer« Erfurt-Mühlhausen. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 8(1971)1. S. 13-24.

[Rezension zu:] Friedrich Engels. Eine Biographie. Berlin 1970. In: BzG 13(1971)6. S. 1025 bis 1029.

Der 18. Januar 1871. Teil I und II. In: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (1971)1. S. 4-6 und 2. S. 9-12.

## 1972

Die Kommunisten und der Parlamentarismus 1847 bis 1852. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 21(1972)2. S. 263-275.

Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der Ungarischen Volksrepublik. In: ZfG 20(1972)1. S. 71-72 [gemeinsam mit Anke Wappler].

[Rezension zu:] A. S. Jerussalimski: Bismarck. Diplomatie und Militarismus. Berlin 1970. In: ZfG 20(1972)6. S. 752-753.

[Rezension zu:] Annemarie Lange: Berlin zur Zeit Bebel's und Bismarck's. Berlin 1972. In.: ZfG 20(1972)7. S. 885-887.

Neue Tendenzen im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD über die Reichsgründung von 1871. In: ZfG 20(1972)9. S. 1069-1101 [gemeinsam mit Heinz Wolter].

[Rezension zu:] Tagebuch der Pariser Kommune. Berlin 1971. In: ZfG 21(1972)11. S. 1442-1443.

### **1973**

Tagung zu Problemen der Heimatgeschichte. In: ZfG 21(1973)1. S. 70-71.

Reichsgründung, Pariser Kommune und revolutionäres Proletariat. In: Jahrbuch für deutsche Geschichte. Moskau 1973. S. 18-50 [gemeinsam mit Horst Bartel].

[Rezension zu:] Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49. Berlin 1973. In: BzG 15(1973)5. S. 875-877.

### **1974**

Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß. Berlin 1974. S. 275-307 [Kapitel XV].

[Rezension zu:] Karl Buchheim: Das deutsche Kaiserreich. 1871-1918. Vorgeschichte – Aufstieg – Niedergang. München 1969 In: ZfG 23(1974)6. S. 652.

### **1975**

Probleme der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte (Hauptperiode XII-XIV). In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR. Berlin (1975)2. S. 48 bis 49 [gemeinsam mit Walter Schmidt].

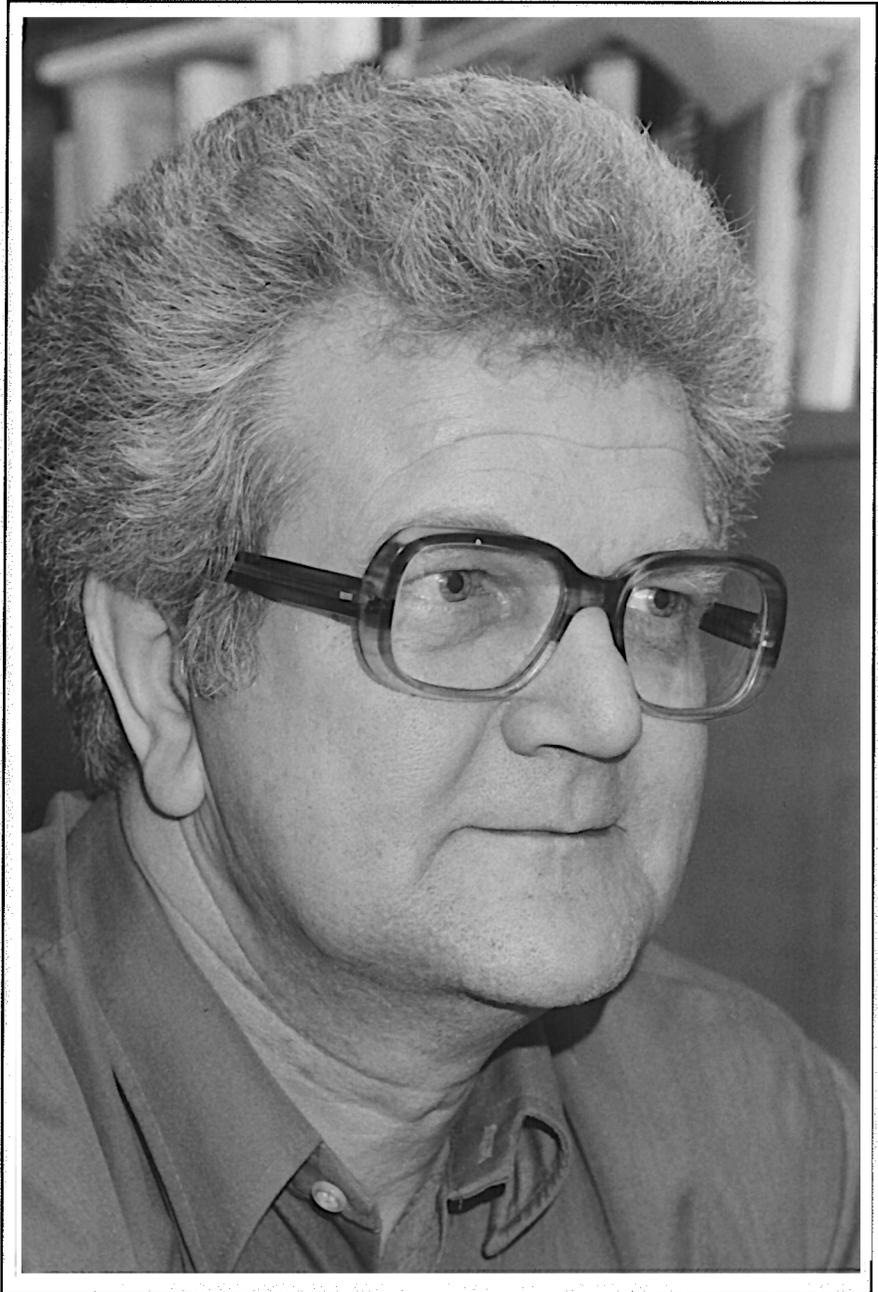
[Rezension zu:] Atlas zur Geschichte. Bd. 1. Gotha, Leipzig 1973. In: Deutsche Literaturzeitung. Berlin 96(1975)11. Sp. 953-956.

### **1976**

Die Krise der bonapartistischen Diktatur Bismarck's 1885/86. In: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag. Bd. 2. Berlin 1976. S. 499-540 [gemeinsam mit Heinz Wolter].

### **1977**

Preußisch-deutscher Bonapartismus und Bourgeoisie. Zu Ausgangspositionen und Problemen der Bonapartismus-Forschung. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 16. Berlin 1977. S. 71-118.





Friedrich Hammachers Aufzeichnungen über den Bergarbeiterstreik von 1889. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd.16. Berlin 1977.S. 403-458 [gemeinsam mit Walter Wittwer].

Bourgeoisie, Arbeiterklasse, Volksmassen von der Pariser Kommune bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (Thesen). In: ZfG 25(1977)10. S. 1194-1211 [gemeinsam mit Willibald Gutsche].

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. In: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD. 3. neu bearbeitete und erweiterte Aufl. Berlin 1977. S. 530-543. – Reichsgründung und Bismarckstaat. S. 264-292 [gemeinsam mit Heinz Wolter].

[Rezension zu:] Revolutionäres Parteiprogramm – Revolutionäre Arbeitereinheit. Studien zum Kampf um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, Berlin 1975. In: ZfG 25(1977)2. S. 215-216.

[Rezension zu:] Atlas zur Geschichte. Bd. 2. Gotha, Leipzig 1975. In: Deutsche Literaturzeitung. Berlin 97(1977)11. Sp. 953.

[Rezension zu:] Im Kampf um den revolutionären Charakter der Partei. Briefe führender deutscher Arbeiterfunktionäre. Berlin 1977. In: »Neues Deutschland« vom 28./29. Mai 1977.

## 1978

Eduard Lasker. Rechtsstaatstheorie und Klassenkompromiß. In: Gestalten der Bismarckzeit. Berlin 1978. S. 153-175.

Herrschaftssystem, bürgerliche Parteien und werktätige Massen, von der Reichsgründung bis zur Herausbildung des Imperialismus. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte (1977)41. S. 5-30.

Eine neue Art der Literatur zur Geschichte. In: Eichsfelder Heimathefte (1978)3. S. 273-277 [über die »illustrierten historischen hefte«].

## 1979

Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Hrsg. unter Leitung von Ernst Diehl. 2., verb. u. erg. Aufl. Berlin 1979. S. 199-305 [Kapitel XV].

Zu einigen Problemen des Verhältnisses zwischen Bourgeoisie, Arbeiterklasse und anderen Teilen der Volksmassen beim Übergang zum Imperialismus. In: ZfG 27(1979)7. S. 628-638.

Zur Eröffnung der Diskussion. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft (1979)1-2. S. 5-7 [Die progressiven Traditionen der Geschichte des deutschen Volkes und ihr Fortwirken in der DDR. Konferenzmaterial. Berlin, 16. bis 17. Mai 1979].

### **1980**

Forschungsprobleme der Geschichte des deutschen Bürgertums und der deutschen Bourgeoisie. In: ZfG 28(1980)3. S. 203-222 [gemeinsam mit Wolfgang Küttler].

Forschungen zur deutschen Geschichte von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. In: ZfG. Sonderband 1980 »Historische Forschungen in der DDR 1970-1980. Analysen und Berichte«. S. 186-203.

Traditionen und Aufgaben der Herder-Rezeption in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte. Bd. 23 (Neue Folge. Bd. 8). Berlin 1980. S. 12-14.

### **1981**

17. Tagung der Historikerkommission DDR-Ungarische VR. In: ZfG 29(1981)3. S. 254-255 [gemeinsam mit Wolfgang Küttler].

### **1982**

Probleme von Erbe und Tradition der gegenwärtigen Diskussion der DDR-Geschichtswissenschaft. In: Lehrfach Landeskunde und Vermittlung landeskundlicher Kenntnisse im Sprachunterricht. Materialien einer wissenschaftlichen Arbeitstagung der Germanistenkommission DDR-UdSSR mit internationaler Beteiligung am 3./4. Dezember 1981 an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1982. S. 5-35 [gemeinsam mit Wolfgang Küttler].

### **1983**

Preußen seit 1789 in der Geschichtsschreibung der DDR. In: Preußen in der deutschen Geschichte hrsg. von Gustav Seeber und Karl-Heinz Noack. Berlin 1983. S. 11-48 (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft. Bd. 3). – Bonapartismus und Bourgeoisie. S. 224-246.

Demokratischer Verein (DVe) 1871-1873. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke [u. a.] Bd. 1. Leipzig 1983. S. 490-493.

Deutsche Fortschrittspartei (DFP) 1861-1884. In: Ebenda. S. 623-648.

Deutsche Freisinnige Partei (DFsP) 1884-1893. In: Ebenda. S. 657-666.

Zur Charakteristik und Typisierung des Liberalismus In: Politik und Ideologie des bürgerlichen Liberalismus im Revolutionszyklus zwischen 1789 und 1917. Hrsg. von Siegfried Schmidt. Jena 1983. S. 11-19 [gemeinsam mit Wolfgang Küttler].

Probleme der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung in der Revolution von oben. In: Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung. Lehrheft 5: Die proletarische Komponente im bürgerlichen Revolutionszyklus. Leipzig 1983. S. 78-91.

Preußen nach 1789 in der DDR-Historiographie. Entwicklungsetappen und Grundpositionen. In: Entwicklungsprobleme der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der UdSSR und in der DDR. Halle 1983. S. 218-229 (Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (1983)54).

Das Preußentum im Kaiserreich. In: Preußen. Legende und Wirklichkeit. Berlin 1983. S. 165-171.

Bericht über den Arbeitskreis IX des VII. Historikerkongresses. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft (1983)1-2. S. 92-96.

## 1984

Ökonomische und politische Bedingungen im Formierungsprozeß von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts (Resümee). In: Der Konstituierungsprozeß der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Leipzig 1984. S. 41-43 (Wissenschaftliche Beiträge der Karl-Marx-Universität).

[Rezension zu:] Deutsche Geschichte in zwölf Bänden. Bd. 1-4. Berlin 1982-1984. In: Einheit. Berlin 39(1984)9/10. S. 951-953 [gemeinsam mit Wolfgang Küttler].

[Rezension zu:] Revolutionen der Neuzeit. 1500-1917. Berlin 1982. In: Deutsche Literaturzeitung. Berlin 105(1984)1. Sp. 44-47.

## 1985

Liberale Vereinigung (Sezessionisten). (LV). In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 3. Leipzig 1985. S. 361-364.

Nationalliberale Partei (NLP). In: Ebenda. S. 403-436 [gemeinsam mit Claudia Hohberg].

[Rezension zu:] Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer. Berlin 1985. In: »Neues Deutschland« vom 19./20. Oktober 1985.

[Rezension zu:] Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 1-5. Berlin 1982-1984. In: BzG 27(1985)6. S. 830-832.

## 1986

Eugen Richter. Liberalismus im Niedergang. In: Gestalten der Bismarckzeit. Bd. 2. Berlin 1986. S. 302-324.

»Sonderweg« und »Revolution von oben«. Bemerkungen zur aktuellen Diskussion des reformerischen Weges der bürgerlichen Umwälzung. In: Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung. Lehrheft 16. Leipzig 1986. S. 84-90.

[Rezension zu:] Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Stuttgart, München 1987. In: ZfG 34(1986)3. S. 256-258.

### 1987

Eduard Lasker. Rechtsstaatstheorie und Klassenkompromiß. In: Gestalten der Bismarckzeit. Bd. 1. 2., durchgesehene Aufl. Berlin 1987. S. 153-175.

Reichsgründung und Nationalbewußtsein. Zum nationalen Selbstverständnis der Klassen im Deutschen Reich. Eine Skizze. In: Klassen, Parteien, Gesellschaft. Jena 1987. S. 5-20.

Die Reichsgründung von oben. In: Für eine bessere Republik. Ein Lesebuch des Pahl-Rugenstein Verlages 1957-1987. Köln 1987. S. 375-378 [gemeinsam mit Heinz Wolter].

[Rezension zu:] Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 1-4. Leipzig 1983-1986. In: BzG 29(1987)4. S. 556-558 [gemeinsam mit Walter Wittwer].

[Rezension zu:] Reinhard Rürup: Deutschland im 19. Jahrhundert 1815-1871. Göttingen 1984. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte. Bd. 14. Weimar 1987. S. 495-497.

### 1988

Vorwort zum vorliegenden Band. In: Deutsche Geschichte in zwölf Bänden. Bd. 5. Berlin 1988. S. 7-9. – Das Deutsche Reich als bürgerlicher Nationalstaat. Der Charakter des politischen Systems. S. 12-38 und 45-56 (Kapitel 1 [siehe S. 17-39 im vorliegenden Heft]). – Die Auseinandersetzungen um den Antiparlamentarismus und die Politik von »Zuckerbrot und Peitsche« gegenüber der Arbeiterbewegung (1881 bis 1885/86). S. 223-268 (Kapitel 5). – Die Krise des bonapartistischen Systems, der Sieg der Arbeiterklasse über das Sozialistengesetz und der Sturz Bismarcks (1885/86 bis 1890). S. 310-336 (Kapitel 6).

Vom historischen Erbe der DDR. In: Erben deutscher Geschichte DDR-BRD. Protokolle einer historischen Begegnung. Hrsg. von Susanne Miller und Malte Ristau. Reinbek bei Hamburg 1988. S. 49-56 sowie (Diskussion) S. 62-65 und 169-170 (rororo-aktuell).

Probleme von Erbe und Tradition in der gegenwärtigen Diskussion der DDR-Geschichtswissenschaft. In: Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Hrsg. von Helmut Meier und Walter Schmidt. Berlin 1988. S. 171-195 [gemeinsam mit Wolfgang Küttler].

Das deutsche Kaiserreich von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg. 1871-1917. In: Deutsche Geschichte in zehn Kapiteln. Berlin 1988. S. 247-297 [Kapitel 6].

Der Kampf um eine einheitliche revolutionäre Partei des Proletariats im neugegründeten junkerlich-bourgeois Reich. 1871 bis September 1878. In: Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1. Von den Anfängen bis 1917. Berlin 1988. S. 289-346 [Kapitel 3].

[Rezension zu:] Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer. Berlin 1985. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte. Bd. 15. 2. Teil. Weimar 1988. S. 458-460.

**1989**

Bourgeoisie, kapitalistisches System und Arbeiterklasse im Jubiläumsjahr 1889. Bemerkungen zur Bedeutung der sozialdemokratischen Publizistik zum Centenarium der Revolution von 1789. In: Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Hrsg. von Walter Schmidt, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Berlin 1989. S. 105-117.

The German Empire (1871-1917). In: Information GDR. The Comprehensive and Authoritative Reference Source of the German Democratic Republic. Oxford 1989. S. 114-123.

**1990**

Reform und Revolution, demokratischer Kampf und sozialistisches Ziel. Zur programmatischen und strategischen Arbeit August Bebels in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts. In: ZfG 38(1990)2. S. 99-113.

Proklamation auf fremdem Boden. Das Kaiserreich von 1871. In: horizont-International (1990)30. S. 49-50.

**1991**

Vor hundert Jahren ... In: Bismarckzeit. Historische Streiflichter einer Epoche 1871-1895. Leipzig [u. a.] 1991. S. 11-12.

Die Abgeordneten müssen warten. Oder: Ein Blick auf die Verfassung des Reiches. In: Ebenda. S. 13-22.

Schüsse auf Wilhelm I. Kaiserattentate, Sozialistengesetz und der »Systemwechsel« 1878/79. In: Ebenda. S. 147-155.

Kraft des Zorns und der Erbitterung schlägt durch. [Rezension zu:] Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Mit einem Essay von Lothar Gall. Berlin 1990. In: Greif-Literatur-Magazin. Berlin (1991)4. S. 20.

**1992**

Der Parteitag der Sozialdemokratie 1891. In: Erfurt 742-1992. Stadtgeschichte. Universitätsgeschichte. Hrsg. von Ulman Weiß. Weimar 1992. S. 549-561.

**1993**

Bismarcks »Gedanken und Erinnerungen« von 1898 in der Politik. Bemerkungen zur Publizistik. In: Otto von Bismarck. Person – Politik – Mythos. Hrsg. von Jost Dülffer und Hans Hübner in Verbindung mit Konrad Breitenborn und Jürgen Laubner. Berlin 1993. S. 237-246.



## Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

### »Mitteilungen«

*Heft 1. Leipzig 1991. 28 S.* [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külöw/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46. – Inhalt. S. 47.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gülsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gülsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52. – Autoren dieses Heftes. S. 53. – Informationen des Vorstandes. S. 54.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. – Faksimiles. S. 17-36. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37-40. – Personalien. S. 41-47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47-51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 51-52.]

**»Texte zur politischen Bildung«**

*Heft 1:* Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S.